

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Einzelhefte... 1.10 Mark... 1.10 Mark... 1.10 Mark... 1.10 Mark...

M o r n i n g s

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Wernspracher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Wernspracher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehobene Kolonne...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Sächsische Fabrikinspektion 1905.

Mit einer Verspätung von fast zwei Monaten sind in diesem Jahre die Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten erschienen. Wer aber glaubte, in dem, was so lange gewährt hat, einmal etwas Gutes zu finden, würde sich sehr täuschen.

Es ist eine Periode wirtschaftlicher Prosperität, über die berichtet wird. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Arbeiter ist stark angewachsen; nur die Verminderung der in der Industrie der Steine und Erden tätigen Personen zeugt von einem Daniederliegen der Baulätigkeit in mehreren Bezirken, vor allem in Dresden und Chemnitz.

Den Arbeitern hat aber die in den obigen Zahlen zum Ausdruck kommende günstige Geschäftskonjunktur keinen Vorteil gebracht. Höhere Löhne, die die Gewerkschaften durchsetzen, sind durch hohe Lebensmittelpreise reichlich aufgewogen worden.

Für die Arbeiter brachte die bessere Geschäftskonjunktur nur mehr Ueberarbeit und größere Unfallgefahr. Ziffernmäßig läßt sich die vermehrte Ueberarbeit nur bei den Arbeiterinnen nachweisen, und auch da nur, soweit sie mit Bewilligung der Behörden ausgeführt wurde.

sächsischen Fabrikinspektoren nicht gern ab. Daß aber alle Vorteile übermäßiger Anstrengung die Agrarier durch die hohen Fleischpreise einheimsten, ist oben schon nachgewiesen worden.

Aus allen Bezirken wird berichtet, es sei das Bestreben der Arbeiter darauf gerichtet, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Schöne Erfolge sind in Leipzig erzielt worden: dort wurde in vielen Betrieben auf dem Lande die Arbeitszeit gemäß den Forderungen der Arbeiter von 11 auf 10 1/2 und 10 Stunden herabgesetzt.

Die Durchführung der Verordnung für Steinbrüche und Steinhauereien verursacht insofern Schwierigkeiten, als sich ihr sowohl die Unternehmer wie teilweise auch die Arbeiter, die noch im Unterstand der Waffen befangen waren, widersetzen. In den Weißener Brüchen wurden fast allethalben Frauen mit Steinerschlagen und anderen Arbeiten beschäftigt; auch Kinder wurden häufig in Steinbrüchen und auch in Ziegeleien angetroffen.

Noch ungenügender wie die Steinbruchverordnung werden offenbar die Kinderschutzbestimmungen für die Hausindustrie beachtet. In Sachsen sind die fünf weiblichen Gewerbeinspektoren mit der Ueberwachung dieser Betriebe beauftragt. Die Beamtin des Zwickauer Regierungsbezirkes hat im Berichtsjahre (1905) 948 hausindustrielle und gewerbliche Betriebe revidiert und darin 1162 Kinder angetroffen; in nicht weniger als 706 Betrieben wurden 988 Fälle von Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz festgestellt!

Das Kinderschutzgesetz wird solange eine Bestimmung auf dem Papier bleiben, solange nicht energischer vorgegangen wird. Das ist aber nicht zu erwarten, so lange in den Berichten der Aufsichtsbeamten noch Ansichten zutage treten, die einer Verteidigung der Kinderarbeit sehr ähnlich sehen.

Zu übrigen berichten die Beamtinnen, daß sie bei der Revision von Betrieben mit vorwiegend weiblicher Arbeitskraft bei den Arbeiterinnen mehr Verständnis und Vertrauen gefunden hätten, als im vorigen Jahre. Mehrfach wurden ihnen Beschwerden überreicht, wonach sich Werkführer in unbilliger Weise gegen Arbeiterinnen vergingen und auch das Verhalten jüngerer Arbeiter nicht einwandfrei war.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. August.

Zentrum und Wahlrechtsfeindschaft.

Die „Kölnische Volkszeitung“ setzt sich in ihrer letzten Nummer mit dem Zentrumsgaragier Grafen Strachwitz auseinander. Das rheinische Zentrumskblatt betont, daß der Graf Strachwitz mit seiner Wahlrechtsfeindschaft sich im direkten Widerspruch befinde zu der Reichstagsfraktion des Zentrums, die in ihrem Wahlausruf vom 2. Mai 1903 betont habe, daß sie an dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht „unentwegt festhalte“.

Wenn Graf Strachwitz ferner behauptet, daß in breiten Zentrumskreisen die Ansicht verbreitet sei, „daß es mit der modernen Sozialpolitik der Reichspolitik so nicht weiter gehe“, so besage demgegenüber der erwähnte Wahlausruf der Zentrumskfraktion des Reichstages, „daß die Fortführung der christlichen Sozialreform keinen Stillstand dulde“.

Diese Auslassungen der „Kölnischen Volkszeitung“ sind trotz alles Zitatenaufwandes überaus matt! Auf die Anspielungen des Grafen Strachwitz, daß er mit seinen Auffassungen in der Landtagsfraktion des Zentrums keineswegs vereinzelt dastehet, und daß er seinerzeit in Uebereinstimmung mit dieser Fraktion für einen konservativen agitiert habe, geht die „Kölnische Volkszeitung“ mit keinem Worte ein.

Traute die „Kölnische Volkszeitung“ der preussischen Zentrumskfraktion wirklich fortschrittsfreundliche Anschauungen zu, so würde sie auch den Mut haben, für die Ausstoßung des Grafen Strachwitz aus dieser Fraktion einzutreten! Denn gerade der Hinweis auf die angeblich programmatifischen Erklärungen des Zentrums böten die beste Handhabe für eine Ausschließung dieses wahrheitsfeindlichen Zentrumsgaragiers! Gegenüber der Tatsache, daß

Dieser kostbare Zentrumsabgeordnete seiner Partei erhalten werden soll, bedeuten die Hinweise auf die papiernen Erklärungen des Zentrums ganz und gar nichts! —

**Partei und Gewerkschaft in Frankreich.**

Paris, 26. August. (Fig. Ver.)

Dem Beobachter der sozialen Kämpfe in Frankreich mußte in den letzten Monaten ins Auge fallen, daß das feindliche Verhältnis, das über ein Jahrzehnt zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse bestanden hat, eine unerkennbare Milderung erfährt. Die giftige Polemik, die ehemals in den Gewerkschaftsverfammlungen und in der Gewerkschaftspressen vorgeherrschte hatte, verlor an Boden und die führenden Gewerkschaften begnügten sich hauptsächlich damit, das Recht ihrer Organisation auf vollständige Autonomie zu verteidigen, statt den „Politikern“ jegliches Ereignisrecht und die moralischen Qualitäten abzuspüren. Die Ereignisse, die diese Entwicklung befördert haben, sind vor allem die Einigung der sozialistischen Partei und die letzten Kammerwahlen, die eine starke sozialistische Vertretung in die gesetzgebende Versammlung gebracht haben. Andererseits blieb auch der unglückliche Ausgang der von den Syndikalisten geleiteten Auktionsbewegung nicht ohne Einfluß. Der tiefe Eindruck, den die Partei einigung auf die Arbeiterklasse gemacht hatte, zeigte sich schon, als mitten in der Wahlkampagne die Arbeitskonföderation die Parole ausgab, eigene Auktionskandidaten aufzustellen, die das Bestreben zu jeder politischen Partei ablehnen mußten. Diese Agitation fiel ganz ins Wasser. Die Klasse der organisierten Arbeiterklasse erkannte die Pflicht des guten Gewerkschafters — sozialistisch zu wählen.

Seither sind noch manche Häden von der einen zur anderen Seite hinübergeworfen worden. Es ist sicher nicht ohne Bedeutung, daß die „Humanité“ für ihre gewerkschaftliche Tribüne Männer wie Griffuelles und Pouget als Mitarbeiter gewonnen hat. Mögen diese Leiter der Arbeitskonföderation auch ihre fortwährende Opposition gegen die politische Aktion betonen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das sozialistische Blatt jetzt das Informationsorgan der gewerkschaftlichen Organisierten geworden ist, die so auf ungewohnte Art in den sozialistischen Gedankenkreis eintreten. Andererseits zeigt der rasche Verfall des bürgerlichen Radikalismus, sein jämmerliches Vergehen vor allen sozialpolitischen Problemen, wie wichtig eine fräftige sozialistische Aktion im Parlament für den Fortschritt des Arbeiterschutzes ist. Die großen Streiks der Bergarbeiter und der Postbediensteten zeigten die sozialistischen Deputierten als die einzigen zuverlässigen Anwälte der gewerkschaftlichen Rechte.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer ineinandergreifenden Arbeit der beiden proletarischen Organisationsformen hat sogar — auf beiden Seiten — den Gedanken eines formellen Zusammen schlusses aufkommen lassen. Der nationale Textilarbeiterkongreß in Courcoing hat neulich beschlossen, mit dem Nationalrat und der Verwaltungskommission der sozialistischen Partei sei es durch eine dauernde Organisation oder mittels zeitweiliger Delegierter in Fühlung zu bleiben. Er beantragte auch, auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses in Amiens die Frage der Annäherung zwischen der sozialistischen Partei und der Arbeitskonföderation zu setzen. Andererseits stellte die sozialistische Föderation des Nord-Departements den Antrag, denselben Gegenstand auf dem Parteitage in Limoges zu beraten.

Begreiflicherweise haben diese Anregungen in der politischen Partei wie in den Gewerkschaften ein großes Aufsehen und nicht immer günstige Meinungsäußerungen hervorgerufen. Noch lebt die Erinnerung an die Feindseligkeiten und Ungerechtigkeiten, die man in den 12 Jahren des Zwistes einander angetan hat, allzu frisch im Gedächtnis der Beteiligten fort. Auch steht die Textilorganisation, die die Auktionsparole der Konföderation abgelehnt hat, mit deren derzeitigen Leitern nicht auf dem besten Fuße. Es wäre verfehlt, von dieser Bewegung zugunsten eines organischen Verbandes von Partei und Gewerkschaft schon in nächster Zeit Resultate zu erwarten. Aber die allenthalben erwachende Diskussion beweist, daß das Problem in seiner Bedeutung dem Proletariat zum Bewußtsein kommt.

In der heutigen „Humanité“ beschäftigen sich zwei Artikel mit dem Gegenstand. Genosse Revellin erörtert die Notwendigkeit der politischen wie der gewerkschaftlichen Organisation an, hält aber innerhalb bestimmter Grenzen eine organische Verbindung, eine kombinierte Aktion für möglich und wünschenswert. Die Schwierigkeit liegt darin, die Autonomie von Partei und Gewerkschaft nicht zu gefährden, da sonst Verwirrungen und Spaltungen unvermeidlich seien. Zweierlei Organe der Verbindung kämen in Betracht: ein permanenter Verhandlungsausschuß und zeitweilige Delegationen. Die Arbeit eines Verhandlungsausschusses wäre ungemein schwierig. Bei weitgehenden Befugnissen könnten sich die Delegierten zu Herren der Partei wie der Gewerkschaft aufschwingen wollen, und die Vorteile der Autonomie gingen verloren, bei gebundenen Mandaten aber müßten die Delegierten immer an ihre Organisationen appellieren und es käme zu langwierigen, gefährlichen Debatten, zu Verhandlungen von Macht zu Macht. Bei einer zeitweiligen Delegation wären dieselben Schwierigkeiten, wenngleich in schwächerem Maße vorhanden. Revellin kommt zu dem Schluß, daß unter den gegebenen Verhältnissen die von den Textilarbeitern und von der Konföderation vorgeschlagene Kombination vorzuziehen sei. Die Tage von Amiens und Limoges könnten jedoch für die Annäherung nützliche Fingerzeige geben, im übrigen solle man die Zeit die Dinge reifen lassen. Wenn die sozialistische Partei in ihrer jetzigen Haltung verharre, würde die sich vollziehende Personallunion sicher das herzlichste Einverständnis zwischen Partei und Konföderationen schaffen.

Zu ganz anderen Ergebnissen kommt Emile Pouget, der aus der Metallarbeitergewerkschaft hervorgegangen ist, gehört zu den intelligentesten französischen Gewerkschaftlern. Er war ehemals anarchisistischer Journalist und repräsentiert noch heute das „libertäre“ Element in der Konföderation. In einem Artikel lehnt er den Gedanken einer Uebereinkunft zwischen den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei rundweg ab. Für ihn besteht zwischen den Berufsverbänden und den politischen Organisationen eine unüberwindliche Gegenfährlichkeit. Seine Argumentation ist indes nicht gerade überzeugend. Die Selbständigkeit der Gewerkschaften soll nach ihm beizubehalten sein, dem Klassenkampf seine ganze Schärfe zu geben. Er wiederholt das in der syndikalistischen Presse beliebte Schlagwort, daß die Gewerkschaften Vertretungen von Interessen, die politischen Gruppen Vertretungen von Meinungen seien. Aber ist die sozialistische Organisation der Produktion, die im Programm der Syndikalisten steht, nicht ebenso eine „Meinung“ wie diejenige, die im Programm der sozialistischen Partei steht? Und ist die sozialistische Partei nicht die Vertreterin der Interessen der Ausgebeuteten? Pouget meint auch, man dürfe die Meinungen der Gewerkschaftler nicht uniformieren, und weist darauf hin, daß in den Gewerkschaften außer vereinigte Sozialisten auch Libertaire und Bürgerlich-Syndikalisten ständen. Ist dem so, wo bleibt da das Verdienst der Gewerkschaften, dem Klassenkampf seine volle Schärfe zu geben? Rechnen

doch die Bourgeoisradikalen gerade den Klassenkampf und die revolutionäre Umgestaltung des Eigentums ab!

Pouget schließt, man dürfe sich durch das Wort „Einigkeit“ in seine Illusion hineintreiben lassen. Eine Allianz der Gewerkschaften mit der Partei würde den Gewerkschaften diejenigen abwenden machen, die in politischen Dingen anderer Meinung wären — sie wäre ein Quell innerer Streitigkeiten. Man sieht, Pouget malt in grellen Farben und der größeren Wirkung zuliebe spricht er ausschließlich von einem „Bündnis“, wo es sich doch erst um Schaffung eines Einverständnisses handeln würde. Heute mag sein Standpunkt noch dem gegebenen Entwicklungsstadium des französischen Proletariats entsprechen. Wenn die republikanische Bourgeoisie aber, wie kaum mehr zu bezweifeln ist, auf dem sozialreaktionären Wege fortschreitet, ist der Tag wohl nicht mehr fern, an dem die Gewerkschaften darüber hinausgelangen, zwischen wässeriger Neutralität und syndikalistischem Revolutionärsdoktrinarismus hin- und herzu schwanken. Das Bedürfnis des Einverständnisses wird dann die geeigneten Formen schaffen. —

**Deutsches Reich.**

**Wie der Augiasstall ausgemistet wird!**

Dem Berliner Tageblatt wird von kolonialer Seite geschrieben, daß der Geheim Legationsrat Dr. Seyditz tatsächlich zum Gouverneur von Kamerun ernannt worden sei. Es sei zwar auffällig, daß seine schon geraumer Zeit erfolgte Ernennung nicht amtlich publiziert worden sei, doch habe der neue Gouverneur seine neue Amtstracht bereits bei — der Firma Tippleskirch bestellt!

Diese Neubefugung des Kameruner Gouverneurpostens mache es denn doch notwendig, sich mit der Person des Herrn Seyditz eingehender zu beschäftigen. Noch im letzten Winter habe in der Budgetkommission ein Abgeordneter erzählt, daß ihm aus Kamerun mitgeteilt worden sei, daß man dort sage: „Nieber zehn Rittkammer als einen Seyditz.“ Dies harte Wort gewisser Kameruner Kreise über den neuen Gouverneur erkläre sich, wenn man sich an einzelne Vorläufer seiner früheren Amtstätigkeit dafelbst erinnere. Zum Beispiel an die Mißhandlung eines schwarzen Soldaten, der sich infolge derselben in ärztliche Behandlung habe begeben müssen. Aktive Kolonialbeamte hätten diesen Vorgang mit angehen und könnten darüber eibliche Aussagen machen. Man könne auch bei dem früheren Stationsleiter Deuschner in Quea anfragen.

Wenn man tatsächlich dem Hauptübel der seitherigen Kolonialpolitik, dem Vertuschungssystem, zu Leibe gehen wolle, so habe man in der Person des Seyditz tatsächlich den Bod zum Gärtner gemacht. Dem Reichsanzler sei noch im Juli dieses Jahres eine Meldung zugegangen, wonach Dr. Seyditz eine ihm auf dem Dienstwege zugegangene Anzeige gegen einen ihm unterstellten Beamten wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt nicht weiter verfolgt habe, obgleich er als stellvertretender Gouverneur dazu verpflichtet gewesen sei.

Auch die Beziehungen des Dr. Seyditz zu dem Baumeister von Kamerun, Drees, seien sehr eigenartiger Natur. Beide hätten sich in Duala sehr gut mit einander verstanden. Von dem Baumeister selbst habe Drees nur geringe Ahnung gehabt, er habe sich auch fast gar nicht um die ihm obliegenden Dienstgeschäfte gekümmert. Dr. Seyditz sei dies alles sehr wohl bekannt gewesen, aber er habe nichts getan, um diesem Zustand ein Ende zu machen. Die betreffenden Beamten hätten oft stundenlang nichts anderes zu tun gehabt, als Erinnerungen an diesen famosen Baumeister zu entwerfen, etwa des Inhalts: „Dem Herrn Baumeister Drees ist Jr. Nr. . . . betr. . . . unter dem (Datum) zur Erledigung binnen . . . Tagen zugegangen.“ Baumeister Drees habe aber auf solche Monita niemals reagiert, trotzdem oft 30 bis 40 solcher Verfügungen nach einander an ihn ergangen seien. Dr. Seyditz habe sie alle unterschrieben, aber der Adressat sie einfach zu den übrigen gelegt. Er habe sich sogar über diese fruchtlose Tätigkeit der Bureaubeamten amüsiert! Sei Drees auf Urlaub nach Europa gegangen, so habe er seinen Boy mit einem ganzen Stroh von unerledigten Akten zu dem Gouvernementsbureau geschickt. Dergestalt hätten die Gouvernementsbeamten haufenweise ihre von Dr. Seyditz selbst vollzogenen Erinnerungen wieder zurückerhalten! Das sei jedoch nicht das Schlimmste gewesen, wenn damit nicht Hand in Hand eine große Verschwendung von Baumaterialien, deren Wert sich nach Tausenden beziffert hätte, gegangen wäre.

Der Tätigkeit des Dr. Seyditz im Schutzgebiete habe auch seine Amtsführung als Finanzreferent in der Kolonialverwaltung entsprochen. Er habe es geduldet, daß einem Beamten (Sofrat Reich) eine Zulage gegeben worden sei, die mit dem klaren Wortlaute des Etats im Widerspruch gestanden habe; er habe keine Stellung gegen die Budgetverlegungen genommen und selbst noch die Monopolverträge mit Boermann und Tippleskirch zu verteidigen gesucht. Und ein solcher Beamter soll nun Nachfolger des berückichtigten Jesko werden!

Auch diese Ernennung des neuen Gouverneurs für Kamerun beweist zu allem Ueberflusse, wie wenig Aussicht dazu vorhanden ist, daß mit dem bisherigen Kolonialsystem gebrochen wird! —

**Freiwilligkeit!**

In unserer gestrigen Nummer mußten wir es feststellen, daß ein angesehene Organ des weiblichen Freiwilligen, die „Weserzeitung“, zugunsten der katolischen Zwangsenteignungspläne Stellung genommen hatte. In der heutigen Nummer der „Weserzeitung“ begegnen wir einem nicht minder interessanten Bekenntnis einer freiwilligen schönen Seele. Es wird da eine Tabelle einer sozialdemokratischen Monatschrift wiedergegeben, aus der hervorgeht, daß die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie in Deutschland prägnant an zweiter Stelle steht, während die erste Stelle von Dänemark eingenommen wird. Die dem Abgeordneten Proemel nahestehende „Weserzeitung“ bemerkt dazu:

„Nach Dänemark hat also das Deutsche Reich den zweifelhaften Ruhm, an der Spitze der sozialdemokratischen Unkultur zu marschieren.“

Nach der Auffassung der „Weserzeitung“ müßte danach Preußen, in dessen parlamentarischer Vertretung kein einziger Sozialdemokrat sitzt, an der Spitze der „Kultur“ marschieren. Man sieht, welche Arbeit Herr Dr. Paris noch zu leisten hat, um in seiner eigenen Partei auch nur das elementarste Verständnis für die Rechte der Demokratie zu verbreiten! —

Was sitzt noch fest!

Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert in Sperr- und Fettdruck, daß Vod noch immer im Sattel stehe. Wenn die „Köln. Volks-

zeitung“ behauptet habe, daß dem Landwirtschaftsminister ein Hängeladjutant des Kaisers auf seinem Gute einen Besuch gemacht habe, und damit wohl habe anbenutzen wollen, daß dieser Hängeladjutant dem Landwirtschaftsminister die kaiserliche Aufforderung überbracht habe, sein Abschiedsgesuch einzureichen, so sei diese Meldung vollständig unrichtig. Weder durch ein Handschreiben, noch durch einen Hängeladjutanten sei Vod zur Einreichung seines Entlassungsgesuches angefordert worden. Im übrigen sei Vod nebst seiner Gemahlin zur Laufe des jüngsten Hohenzollernprinzen eingeladen worden. Schon diese Tatsache beweise, daß Wilhelm II. sich nicht veranlaßt gesehen haben könne, Vod zu seiner Demission aufzufordern.

Vod sitzt also noch fest im Sattel. Die Presse wird also wohl noch schwereres Geschick gegen ihn aussuchen müssen! —

Ueber den Zeugniszwang gegen die Presse

hat ein bayerischer Jurist, der Landgerichtsdirektor Dr. Maurer, in einem Artikel des „Vollstreckers“ beachtenswerte Ausführungen getan. Er führte darin aus, daß, wenn ein Zeitungsredakteur oder Verleger aus Furcht vor den aus der Zeugnisberweigerung entspringenden Nachteilen das ihm anvertraute Geheimnis offenbare, er schänden Verrat und damit eine Handlung begebe, die ihm in den Augen aller anständig denkenden und fühlenden Menschen zur Unehre gereichen würde. In bürgerlichen Rechtsfachen müte man in solchen und ähnlichen Fällen niemand zu, ein Zeugnis abzulegen (vergleiche § 404 der Zivilprozessordnung). Das Interesse der streitenden Zivilparteien an der Ermittlung des wahren Sachverhaltes werde vom Gesetz nicht für so wichtig erachtet, daß dagegen die Rücksicht auf gewisse moralische Verbindlichkeiten der Zeugen zurücktreten müsse. Im Strafprozeß dagegen glaube man den Zweck, einen Verfasser eines beanstandeten Artikels zur Verantwortung ziehen zu können, durch das unlautere Mittel, den Redakteur zum Verrat zu zwingen, rechtfertigen zu können. Die zur Reform des Strafprozesses niedergesezte Kommission habe denn auch diesen Widerspruch anerkannt. Sie sei zu dem positiven Ergebnis gelangt, daß sie vorschläge, daß abgesehen von der nach § 54 der Strafprozessordnung schon jetzt bestehenden Befugnis, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung den Zeugen selbst die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde, jeder Zeuge, also nicht bloß ein Redakteur, künftig auch berechtigt sein solle, das Zeugnis ganz zu verweigern, wenn nach den besonderen Umständen des Falles Gefahr für ihn bestehe, wegen der besonderen Umstände der Untersuchung bildenden strafbaren Handlung selbst als Täter oder Teilnehmer strafgerichtlich verfolgt zu werden.

Der Verfasser macht dabei eine nicht uninteressante Exkursion, indem er schreibt:

„Dabei läßt sich übrigens — gerade im Hinblick auf Vollkommnisse der neuesten Zeit — die Bemerkung nicht unterdrücken, daß nur solche Zweige der öffentlichen Verwaltung, welche Grund haben, ein Vertuschungssystem der offenen Klarstellung vorzuziehen, den wirklichen oder vermeintlichen Indiskretionen ihrer Beamten nachzuspielen trachten. Man könnte fast entgegenhalten, daß Beamte, welche die Öffentlichkeit auf bestehende wirkliche Mißstände aufmerksam machen, keine Strafe, sondern eher den Dank des Volkes verdienen.“

Das „Berliner Tageblatt“ hofft, daß der Reichstag endlich in Sachen des Zeugniszwanges der Redakteure klares Recht schaffen. Chnehin würde ja die Frage der Immunität der Abgeordneten, die in der gleichen Richtung liegt, zweifelsfrei beantwortet werden. —

**Die Münchener Polizei in Nürnberg.**

München, 20. August. Auf Ersuchen des Stadtmagistrats Nürnberg hat die Münchener Polizeidirektion 16 Schütlente in voller Ausrüstung nach Nürnberg kommandiert. Die Münchener Jünger der heiligen Germandad werden am Sonnabend früh mit dem Sitzen in Nürnberg abfahren und gegen 9 Uhr in Nürnberg eintreffen. Ist etwa der Stadtmagistrat Nürnberg mit den Heidentoten der Nürnberger Schütlente nicht zufrieden oder glauben die Nürnberger Kathausweiser, daß die heitischen Doppelposten, um die uns Münchener die ganze Welt beneiden, den Ruhmeskranz der Nürnberger Polizei um ein neues Blatt bereichern könnten? Der Säbel der Münchener Schuttmannschaft steckt ebenso locher in der Scheide und ihr Revolver faßt ebenfalls 6 Kugeln, und daß die Münchener Schütlente den Säbel und den Revolver zu handhaben verstehen und in Punkt Streifschuß recht hervorstechend leisten, davon weiß das Münchener Publikum und die Arbeiterklasse ein Lied zu singen. Hoffentlich wird die Nürnberger Arbeiterklasse diese Maßnahmen richtig zu bewerten wissen.

**Verlustliste aus Wäh-West.**

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 18. August d. J. bei Loibis gefallen: Leutnant Harald v. Meyden, geboren am 13. 8. 82 zu Etlow, Gefreiter Josef Griebl, geboren am 9. 10. 82 zu Flossing. Vermundet: Gefreiter Franz Wachs, geboren am 6. 8. 83 zu Berlin. Schwere, Schuß rechte Hand, Streifschuß Wange; Gefreiter Theophil Pudlo, geboren am 14. 4. 80 zu Schöppin, Schuß rechte Ferse; Gefreiter Johann Ennes, geboren am 15. 10. 82 zu Eida, leicht, Fleischschuß rechten Fuß; Gefreiter August Schülke, geboren am 3. 9. 84 zu Sollettstadt, leicht, Streifschuß rechten Wirtelfinger; Reiter Paul Koch, geboren am 14. 4. 83 zu Cederan, leicht, Streifschuß Rücken.

Am 19. August nördlich Bioldstift verwundet: Unteroffizier Martin Köckel, geboren am 9. 10. 83 zu Rosenhal, leicht, Schuß rechten Oberschenkel; Gefreiter Richard Schwarz, geboren am 4. 11. 83 zu Halle a. S., leicht, Streifschuß linken Daumen.

Am 25. August d. J. auf Patrouille bei Dunkelmodder gefallen: Gefreiter Wilhelm Ritter, geboren am 27. 10. 85 zu Schönbeck a. Elbe.

Am 22. August d. J. bei Das im Badreider verwundet: Reiter Josef Wächle, geboren am 17. 10. 81 zu Roggenstein, schwer, Schuß linken Unterarm, Streifschuß linken Oberschenkel, rechten Fuß; Reiter Heinrich Bierjaks, geboren am 8. 4. 83 zu Doberan, schwer, Fleischschuß Oberschenkel.

Ferner: Reiter Albert Kretschmar, geboren am 21. 6. 84 zu Friedland, am 25. August d. J. in der Krankensammelstelle Kubus an Typhus gestorben. —

**Ausland.**

**Oesterreich.**

Der Wiederzusammentritt des Parlaments. Am 12. September soll der Wahlreformauschuß des Abgeordnetenhauses seine Sitzungen wieder aufnehmen. Die erste Sitzung des Hauses wird am 18. September erfolgen. —

**Ungarn.**

**Kuh-Reformen.**

Aus dem ungarischen Volksministerium kommt die Nachricht, daß neue Gendarmeriestationen errichtet werden sollen. Die einzelnen Distrikte sollen 4—6 neue Stationen erhalten; in Verbindung damit soll der Mannschaftsstand der betreffenden Gendarmeriekommandos um je 100—140 Mann erhöht werden. Erst kürzlich waren zwei neue Kommandos errichtet worden. Wie es aber scheint, ist das dem „großen Ministerium“ zur Befestigung seiner Position noch immer zu wenig. —

**Frankreich.**

**Der Kampf um den Ruhetag.**

Paris, 20. August. (Fig. Ver.) Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag der Arbeiter und Angestellten (Der „Vorwärts“ hat

Darüber (schon einmal kurz berichtet) geht weiter. Das Gesetz stellt im allgemeinen das Prinzip auf, daß die Arbeitsruhe auf den Sonntag fallen und für alle Arbeiter des Betriebes gelten solle, es läßt aber auch die Wahl eines anderen Tages und die Einteilung der Arbeiter in Schichten zu. Um die Zulassung dieser Abweichungen dreht sich hauptsächlich die jetzige Agitation, an der sich Arbeiter wie Unternehmer mit gleicher Leidenschaft beteiligen. Es muß im ganzen anerkannt werden, daß sich die kompetenten Behörden, sowohl das Handelsministerium wie die meisten Gemeindevorkontrollen, bisher den Wünschen der Arbeiterschaft gegenüber recht entgegenkommend gezeigt und die von den Unternehmern verlangten Ausnahmen abgelehnt haben. Die Verhältnisse sind aber derartig kompliziert, daß eine für alle Verufe gültige Lösung weder von der einen noch von der anderen Seite gewünscht wird. Es ist z. B. eine höchst eigentümliche Erscheinung, daß die Arbeiter einiger Gewerbe gerade die Einteilung in Schichten verlangen, die die Arbeiter anderer Gewerbe aufs heftigste bekämpfen. Außer den spezifischen Bedingungen der betreffenden Gewerbe kommen da noch die besonderen lokalen Verhältnisse in Betracht. So würde etwa eine Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe, das hier ganz auf den Einzelverschieß angewiesen ist und im allgemeinen wenig Einnahmen aus Interatrat hat, sicher eine schwere Krise zur Folge haben. Nicht leicht ist die Frage auch für die Theater und die sonstigen Vergnügungsunternehmungen zu lösen. Die allgemeine Sonntagsruhe ist hier unmöglich, da doch der Sonntag der Tag der stärksten Einnahmen ist. Vielleicht wird man zur Schließung an den erträglichsten Tagen, wie am Montag oder Freitag greifen, da sich dem Schichtsystem namentlich bei den kleinen Theatern große Hindernisse in den Weg stellen. Für das Schichtsystem treten besonders auch die Arbeiter der Nahrungsmittelgewerbe ein. Dagegen betreibt ein Teil der Unternehmerschaft des Gastwirtsberufes eine Agitation, die geradezu darauf abzielt, das Arbeitsruhegesetz in die Luft zu sprengen. Während die Angestellten, die in hohem Maße auf das Trinkgeld angewiesen sind, das Schichtsystem für die beste Lösung ansehen, drohen die opponierenden Unternehmer, die Restaurants und Kaffeehäuser am Sonntag zu sperren und solange geschlossen zu halten, bis das Gesetz in einer ihnen genehmen Weise abgeändert ist. Daß ein solcher „englischer Sonntag“ in einer vom Fremdenverkehr und vom Luxus lebenden Stadt wie Paris eine wirtschaftliche Katastrophe wäre, liegt auf der Hand. Aber für die Agitatoren der Unternehmerschaft, an deren Spitze der Inhaber eines der vornehmsten Boulevarde-Restaurants steht, handelt es sich nur um eine Erpressung an der gesetzgebenden Versammlung. Indes wird das Unternehmen schwerlich gelingen, da die bescheidener situierte Mehrzahl der Gastwirte sich doch noch überlegen wird, für ihre schwerreichen Kollegen die Kassen aus dem Feuer zu holen.

**Paris, 31. August.** Das Amtsblatt veröffentlicht heute den ersten Teil der Durchführungs-Vorordnungen zu dem am 11. Juli vom Parlament angenommenen Gesetz über den wöchentlichen Ruhe-tag. Das Gesetz tritt übermorgen in Kraft. In einzelnen Gewerben wird mit Ausnahme gedroht, falls die Unternehmer das Gesetz in irgend einer Weise umgehen sollten. Insbesondere wird in dieser Hinsicht unter den Stellen und Vädergesellen agitiert. In Rouen und anderen Orten haben die Vädergesellen den Ausstand angekündigt.

#### Ein Kampf in der Kommune.

Aus Cherbourg wird vom 31. August gemeldet: Zwischen sozialistischen und konservativen Gemeinderäten kam es gestern im Gemeinderat zu einem heftigen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten überging. Infolgedessen werden die meisten Gemeinderatsmitglieder ihre Demission nehmen.

#### Spanien.

Erneute Unruhen sind nach Madrid Meldungen in Santander ausgebrochen. Weitere Truppenverfügungen sind dort eingetroffen, andere unterwegs. Dynamitattentate sind in Ferradico verübt worden. Einzelheiten fehlen noch. — Die Meldungen sind infolge der amtlichen Devisenzensur äußerst spärlich.

Die Väder von La Coruña beabsichtigen auch einen Generalstreik ins Werk zu setzen.

#### Rumänien.

##### Ein neuer Kämpfer für den Sozialismus

Ist in Rumänien entstanden. Die jüdischen Arbeitermassen Rumäniens, die bisher den doppelten Druck des Kapitalismus und der schamlosen nationalen Unterdrückung stumm über sich haben ergehen lassen, beginnen sich zu rühren. Das Ideal des Sozialismus beginnt nun auch ihnen zu leuchten und als Anfang zu einer jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich eine Kommission zur Verbreitung sozialdemokratischer Literatur in den jüdischen Arbeitermassen gebildet. Die Kommission hat einen Aufruf „An alle jüdischen Arbeiter der ganzen Welt“ erlassen, in dem sie die elende ökonomische und politische Lage des rumänisch-jüdischen Proletariats schildert und als einzigen Ausweg auf den Sozialismus hinweist. „Unsere Rot, unser Elend“, heißt es in dem Aufruf, „wächst mit jedem Tage, der Berast unserer jüdischen Bourgeoisie wird immer schmählicher; mehr Hinnen und dürfen wir nicht ertragen, ein Ausweg muß gefunden werden — und dies ist der Sozialismus, nur er kann den jüdischen Arbeiter mit seinem christlichen Bruder vereinigen, nur er kann uns von der ökonomischen, politischen und nationalen Knechtschaft befreien. Von unseren Brüdern der ganzen Welt haben wir gelernt, wo unser Feind ist; der Kampf unserer Brüder in Russland, Galizien und Amerika hat uns die Augen geöffnet und gezeigt, daß alle unsere Angriffe nur gegen die moderne soziale Ordnung, gegen den Kapitalismus und seine Diener — den bürgerlichen Staat — gerichtet sein müssen. . . Eins aber dürfen wir, rumänisch-jüdische Arbeiter, nicht vergessen: wir müssen bedenken, daß unser Kampf für Freiheit ein Kampf für die Freiheit aller Arbeiter Rumäniens und in letzter Instanz auch der Arbeiter der ganzen Welt ist. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Vereinigung der Arbeiter aller Nationen und Völker!“ Wir wünschen dem neuen Kampfgemeinschaften viel Erfolg in dem schweren Kampf gegen unseren gemeinschaftlichen Feind! —

#### China.

**Verfassungsgerichte.** Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Bei Beratung des Verichts der Kommission, die ins Ausland entsandt war, ergaben sich zunächst innerhalb der Konferenz Meinungsverschiedenheiten. Tatsächlich, der Führer dieser Kommission, warf den Beamten vor, daß sie sich der Einführung einer Konstitution widerwehren; schließlich entschied sich die Konferenz jedoch zu Gunsten einer Konstitution. Es ist bereits ein Dekret erlassen worden, das die Einführung einer Konstitution verspricht, ohne indessen einen Termin dafür oder sonstige Einzelheiten anzugeben. —

#### Amerika.

**Große Worte gegen die Trübs.** Herr Bryan, der demokratische Präsidentschaftskandidat, ist am Donnerstag von einer Auslandsreise zurückgekehrt und hat sofort in einer ihm zu Ehren in New York veranstalteten Versammlung eine Rede gehalten, worin er einen Fortschritt der Bewegung zum Abschluß von Handelsverträgen bei mehreren Regierungen behauptete. Dann ging er zum eigentlichen Thema, zur Trübsfrage über. Er schlug zur Besserung der augenblicklichen Lage vor, daß die Gesellschaften durch die Bundesregierung zu konfiszieren seien und daß der Präsident ermächtigt sein solle, auf die Freiliste (des Posttarifs) die Waren zu setzen, die mit den von den Trübs befürworteten Kontraktoren. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Trübs mit der Wurzel ausgerottet würden. In der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen machte Bryan den Vorschlag, die Bundesregierung solle die Hauptlinien und die Einzelstaaten die lokalen Linien übernehmen. Zum Schluß erklärte er, die Zeit sei gekommen, um die Plutokratie zu

stürzen, welche die Kraft des Volkes auffauge. Er habe die unheilvolle Wirkung des Großgrundbesitzes in Europa gesehen. Aber schlimmer als er wirken in Amerika die Trübs.

So hat also Herr Bryan sein Programm entwickelt. Daß in keinen Wein viel Wasser gegossen werden würde, wenn die Demokraten zur Herrschaft gelangen, versteht sich am Rande. Der kapitalistische Staat wird mit den Trübs nie anbinden; erst der Sozialismus wird sie „mit der Wurzel ausröten.“ —

#### Westindien.

##### Der Ausstand auf Kuba.

Mehr und mehr gewinnt die Vermutung an Boden, daß der Ausstand bestellte Arbeit für die Vereinigten Staaten ist oder daß wenigstens, wenn nicht die Regierung der Union, doch einflußreiche Kreise Nordamerikas ihre Hand im Spiel haben. Kreise, die ihre Geschäfte durch eine Intervention der Union, die zur Ausdehnung ihres Einflusses auf Kuba oder gar zur Annexión der Insel führen soll, gefördert sehen möchten. Das Bureau Laffan verbreitet folgende Meldungen:

**New York, 30. August.** Die Lage auf Kuba wird allgemein stark pessimistisch beurteilt. Man befürchtet, daß schließlich doch ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nötig sein wird, das indes nicht über eine Ueberwachung der allgemeinen Wahlen hinausgehen soll, deren unbeeinträchtigter Verlauf gesichert werden würde.

**Washington, 30. August.** Dem Staatsdepartement sind Beschwerden zugegangen, daß die Aufständischen amerikanischen Besitz bei Cienfuegos auf Kuba plündern und Lebensmittel und Vorräte wegnehmen. Man entnimmt daraus, daß die Aufständischen entschlossen sind, ihre Drohung auszuführen, ausländische Interessen zu verletzen, bis die Vereinigten Staaten zum Eingreifen gezwungen sind. Das Staatsdepartement hat infolgedessen die kubanische Regierung aufgefordert, ihre Schutzmaßregeln zu verstärken.

Und die „Frankf. Bzt.“ meldet:

**New York, 31. August.** Die Amerikaner auf Kuba rufen den Schatz der Bundesregierung an.

Ueber den Ausstand selbst wird berichtet:

**Havana, 31. August.** Ein Kampf zwischen Regierungstruppen und Rebellen fand bei Artemisa, 50 Kilometer südwestlich von Havana, statt. Einzelheiten fehlen noch. Aufständische Truppen besaßen sich in unmittelbarer Nähe von Havana.

#### Australien.

##### Vorzugszölle für England.

Aus Melbourne wird vom 30. August gemeldet: Der Präsident des Ministerrats Deakin brachte heute im Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, nach dem die Zölle auf ausländische Waren um zehn Prozent erhöht werden sollen, während gewisse britische Produkte, die auf britischen Schiffen in den australischen Bundesstaat eingeführt werden, eine Vergünstigung in derselben Höhe genießen. Es handelt sich dabei um Munition, Dynamit, Leuten, Holzwaren, Fahräder, Taschnaturen und andere Uhren, Stiefel, Mobiliar, Gas- und Delmotore, Turbinen, Farben, in Essig eingemachte Waren (pickles), Messerschneidwaren und plattierte Waren.

Der Antrag ist ein Schritt zum all-britischen Zollverband, wie ihn Chamberlain erstrebt. In England hat indes der Gedanke bei den Wahlen eine schwere Niederlage erlitten. Trotzdem schlägt die australische Regierung eine Vergünstigung des Mutterlandes vor, das zurzeit, als Land des Freihandels, gar nicht in der Lage ist, der Kolonie ein Äquivalent zu bieten. Man wird abzuwarten haben, ob unter diesen Umständen das australische Bundesparlament der Regierung auf diesen Weg folgen wird. Geht es so, so ist der Wettbewerb der Industrien nichtbritischer Länder in Australien erheblich erschwert. Auch für die deutsche Industrie wird das sehr unangenehm fühlbar werden. Unsere „Schutzpflanzler“ haben indes keine Verachtung, sich zu belagern. Sie erkennen, was sie gefast haben.

### Aus der Partei.

#### Zum Parteitag.

Der Bericht des Parteivorstandes erzählt eine Verächtigung durch unser Göttinger Parteiblatt. Es schreibt: In dem Bericht des Parteivorstandes an den Mannheimer Parteitag heißt es, daß wegen der sechs Millionen Exemplare, die von dem Preußenflugblatt verbreitet wurden, nur das Landgericht Stargard einige Genossen verurteilt hätte. Die anderen Gerichte hätten erklärt, daß die von den Staatsanwälten in dem Flugblatt entdeckten Vergehen und Verbrechen darin nicht zu finden seien. Das ist nicht ganz richtig. Der Parteivorstand hat übersehen, daß neben Stargard auch Götting zu nennen ist. Das Göttinger Landgericht hat den Genossen Ulfte wegen „Beizeugens von Gewalttätigkeiten“, begangen durch das Preußenflugblatt, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Am 7. Januar 1907 hat das Reichsgericht darüber zu entscheiden, ob dieses Urteil zu Recht besteht, obwohl ungefragt sechs Millionen Exemplare des gleichen Flugblattes in Preußen verbreitet wurden. — Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß der Parteivorstand den Kaufhaer Saalbesitzer ein Lob ausspricht, das diesen für die Zeit der Abfassung des Berichts ganz und gar nicht gebührt. Am 6. März hatten die Kaufhaer Saalbesitzer bekanntlich dieselbe Erklärung unterzeichnet, welche die Göttinger Partei- und Gewerkschaftsinstanzen kurz vorher den Göttinger Saalbesitzern vorgelegt hatten und von diesen unterschrieben und veröffentlicht wurde. Nach kurzer Zeit wurden die Kaufhaer Saalbesitzer aber wortbrüchig. Die Genossen in Kaufhaer sind deshalb heute noch gegen die Saalbesitzer einen Wohlstand. Hingegen ist die genannte in Götting zuerst formulierte Erklärung heute für Götting noch bindend und die Göttinger Genossen werden dafür sorgen, daß das so bleibt.

**Gelogen wie gedruckt!** Es wird uns geschrieben: In welcher Weise die Partei für Wahrheit und Recht! In welscher den ersten Teil ihrer Devise in ihrer Presse zur Nichtsnur nimmt, dafür bietet ein Bericht über die Eßener Protestversammlung gegen den Katholikentag, der die ultramontane Presse durchläuft, einen geradezu klassischen Beweis. Der 36 Zeilen umfassende Bericht, der der katholischen „Tremontia“ entstammt, enthält nur folgende bewusste Unwahrheiten:

„Die Versammlung hatte die sozialdemokratische Parteileitung einberufen.“ Wahrheit: Sie war von dem Freidenkerverein „Freie Forschung“ einberufen.

„Die Versammlung war von 6—700 Personen besucht.“ Wahrheit: Von 1500—2000, wenn nicht mehr, denn der Garten, der zu dem großen Saal gehört, war terrassenartig mit Tischen und diese nicht mit Menschen besetzt.

„Lüge“ und „Geschäftsverdringung“ sei zwischengerufen worden. „Der Redner (Dr. Kramer) zog es vor, sie unbeachtet zu lassen.“ Wahrheit: Als sich ein unautoritärer Laut aus dem Tierreich von der einen Ecke des Saales her vernahmten ließ, machte der Redner eine Pause, aber der Tierstimmenimitator meldete sich wieder, noch als zur Diskussion aufgeführt wurde.

„Die Schlussprophete diktete eine Beschreibung des Heiles, welches der sozialistische Zukunftsstaat bringen soll.“ Wahrheit: Herr Dr. Kramer ist nicht Sozialdemokrat, sondern Sprecher der Wagedurger freireligiösen Gemeinde, und hat natürlich den „sozialistischen Zukunftsstaat“ auch nicht mit einer Silbe herfür.

Der Bericht sagt vom Reichstagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann, daß er keine rednerische Tätigkeit damit begann, Reden zu machen für seine „Zehn Gebote-Prophete“. Wahrheit: Hoffmann bedankte sich für die Reklame, die Herr Kröber in seiner Schlußrede auf dem Katholikentag für diese Broschüre gemacht hat.

Natürlich will, wo Ultra-Schwarz liegt, Eißer-Bücker-Schwarz nichts nachsehen und so läßt sich die edle „Staatsbürger-Zeitung“ von einem Manne mit dem verdächtigen und beinahe jenseitlich klingenden Namen Konheim einen mit echt antisemitischen Wesenheiten gepäckten Artikel schreiben. Der ganze Artikel ist aufgebaut auf der Behauptung, Hoffmann hätte die lateinischen Worte „panem et circenses“ gebraucht und falsch übersezt. Hoffmann hat aber diese lateinischen Worte überhaupt nicht gebraucht, was zirka 2000 Hördler bestätigen müssen und damit stürzt das ganze Lügegebäude zusammen.

#### Das Manifest der italienischen Syndikalisten zum Parteitag.

Rom, 29. August. (Fig. Ver.)

Nachdem die Integralisten und dann auch die Reformisten einen Aufruf „an die Sozialisten Italiens“ veröffentlicht haben, treten nun auch die Syndikalisten mit einem eigenen Manifest hervor. Das Manifest hat vor den anderen den Vorzug der Klarheit und Offenheit. Die Integralisten haben sich in ihrem Aufruf über die allgemeinen Leitsätze des Sozialismus verbreitet, die eigentlich nicht zur Diskussion stehen; dagegen haben die Syndikalisten in ihren Erklärungen das hervor, was wirklich ihre Gruppe von den anderen unterscheidet.

Zunächst heißt es in dem Manifest, daß die heutige Krise in der Partei eine Folge der Rückständigkeit des politischen und wirtschaftlichen Milieus in Italien sei, die eine von allgemeinen Interessen ausgehende Politik erschwere. Da die Erklaffung der Parteiaktion nicht auf persönliche Einflüsse, sondern auf geschichtliche Tatsachen zurückzuführen sei, könnten die Syndikalisten sich auch keine Illusion über die Zukunft ihrer eigenen Fraktion in Italien machen. Nichtsdestoweniger wären sie der Ueberzeugung, daß ihre Auffassung über die Verwirklichung der sozialen Revolution die einzige sei, die nicht „theoretisch irrig und praktisch zweideutig“ wäre. Das Manifest fährt dann wörtlich fort:

„Die geschichtliche Voraussetzung der Expropriation des Privatkapitals ist die Konstituierung der Arbeiterklasse als einer von allen anderen unabhängigen Gesellschafts-klassen. Das Mittel, um dies zu verwirklichen, ist die möglichste Trennung der Interessen und Bestrebungen des sozialen und moralischen Lebens der Arbeiterklasse von dem Leben, den Bestrebungen und Interessen der Kapitalistenklasse, die energischste und geschlossenste Durchführung des Klassenkampfes, die Ablehnung jener Situationen, die dahin führen, die Arbeiterklasse teilweise oder ganz, vorübergehend oder dauernd in einem System aufgehen zu lassen, das von dem streng gewerkschaftlichen abweist und also bürgerlich ist. Nach unserer Lehre ist die Verwirklichung des Sozialismus in dem Maße möglich, in dem das Bewußtsein der Antihese und der Ausschließlichkeit in der Seele der Arbeiterklasse wach erhalten wird und die revolutionäre Temperatur dieser Klasse steigt. Darum sehen wir in unserer Auffassung des Generalstreiks, als Einmonum der endlichen Enteignung der Kapitalisten und nicht als lächerliches Mittel kleiner Gelegenheitspolitik, das unterscheidende Merkmal unserer allgemeinen Aktion.“

Des weiteren betont das Manifest die Notwendigkeit, gerade für die in einem rückständigen Milieu lebende italienische Partei, von allen anderen Parteien getrennt vorzugehen, und schließt damit, die Zugehörigkeit der Syndikalisten zur Partei als ihr unbedingtes Recht zu fordern.

Unter den Unterzeichnern des Manifestes befinden sich drei Mitglieder des Parteivorstandes: die Genossen Longobardi, Guarino und Marangoni, ferner Leone, Labriola, Lazzari und auch zwei Redakteure der „Avanti“: Drano und Ronicelli.

#### Der Bericht des „Avanti“ zum Parteitag.

Rom, 29. August. (Fig. Ver.)

Der „Avanti“ veröffentlicht den Bericht seines Chefredakteurs Enrico Ferri, der die Rechenschaftsablage für den Parteitag enthält. Der Bericht weist auf die Formatvergrößerung und andere technische Reformen seit dem letzten Parteitag hin, freilich hat die beiden Redaktionsstreifen, die zu einem Befehl des ganzen Redaktionsstabes führten und geht dann auf die Finanzlage des Zentralorgans ein. Das Jahr 1906 — das an Beiträgen der Parteigenossen 32 567 Lire ergab — schloß mit einem Defizit von 16 776 Lire; dagegen dürfte das laufende Jahr, obwohl im ersten Halbjahr die Beiträge nur 5004 Lire betragen, ohne Defizit abschließen. Der Jahresumfah des Unternehmens — der „Avanti“ wird in eigener Druckerei gedruckt — beträgt etwa 1 Million Lire. Zahlenangaben über die absolute Stärke der Auflage enthält der Bericht nicht. Er gibt nur an, daß die Auflage vom April vorigen Jahres an beständig gefallen ist, um vom April dieses Jahres an wieder bedeutend zu steigen.

Der Bericht hebt hervor, daß die Gehälter der Redakteure (200—250 Lire monatlich) in alzu großem Mißverhältnis zu den Ersizungsbedingungen einer Stadt wie Rom stehen und fordert eine Erhöhung. Auch der Redaktionsbestand — acht Redakteure — betrage nur ein Drittel des Redaktionsstabes der bürgerlichen Blätter.

An Sammlungen wurden seit dem Parteitag von Bologna durch den „Avanti“ ausgebracht: für die Streikenden von Torre Annunziata 3008 Lire, für die russische Revolution 9007 Lire, für die Opfer des Blutbades von Granichele 2550 Lire, für die Opfer von Courrières 2086 Lire und für die des Erdbebens von Calabrien 26 352 Lire. Dazu kommen 64 683 Lire, die die Genossen dem Pressefonds überhandten, macht im ganzen 109 846 Lire, die das italienische Proletariat allein durch den „Avanti“ für sozialistische und allgemein menschliche Zwecke von seinem letzten Lohn geopfert hat.

Schließlich schlägt Ferri dem Kongress zwei Reformen vor. Erstens soll die Redaktion des „Avanti“ bei der Wahl der Korrespondenten aus den einzelnen Orten nicht bedingungslos dem Entscheid der dortigen Partisektion unterworfen sein, die bisher den Korrespondenten wählte. Partisektion und Redaktion sollen sich über die Wahl verständigen. Zweitens soll es jeder Partisektion, bei Strafe des Ausschlusses, zur Pflicht gemacht werden, auf den „Avanti“ zu abonnieren.

Ferri schließt mit der Erklärung, daß er bereit sei, die schwere Last der Leitung des Zentralorgans weiter zu übernehmen, wenn der Parteitag sein Werk billigt, wie er auch gewillt sei, seine Tätigkeit anderen Gebieten zuzuwenden, wenn die Mehrheit das Blatt anderen Händen anvertrauen wolle. —

Der sozialdemokratischen Partei Finnlands gehören zurzeit 462 Nach- und andere Vereine an, mit einer Mitgliederzahl von 80 000 Personen. Im Jahre 1906 betragen die Einkünfte der Partei 599 678 M. und die Ausgaben 622 685 M.

#### Dolzeisches, Gerichtliches usw.

##### Preussisch-deutsche Justizsysteme.

Vor dem Schöffengerichte in Wülheim a. d. Ruhr hatten sich am 28. d. M. drei Genossen wegen Flugblattverbreitung zu verantworten. Wir sind ja aus den Schöffengerichtsalen schon mancherlei gewöhnt, trotzdem muß man sich immer aufs neue verwundern über die Art, in der gegen Sozialdemokraten prozessiert wird. Gegen die mehrfach wiederholte Frage, ob die Angeklagten doch nicht lieber den Einspruch zurücknehmen möchten, bisweilen es dann weiter keine Kosten mache, wollen wir nichts sagen; vielleicht auch kann man darüber hinweggehen, daß auf die verneinende Antwort der Angeklagten der Vorsitzende im prononciert-überlegenem Tone erwiderte: „Na, wir werden ja sehen, ob Sie damit durchkommen!“ Wie jedoch die Verhandlung weiter geführt wurde, daß ist schon — interessanter. Die Leser mögen selbst urteilen:

Der Vorsitzende (mit scharfer Betonung): „Also wie heißt der Paragraph, auf den Sie sich berufen? — Angeklagte: „§ 43 der Gewerbeordnung.“ — Der Vorsitzende (überlegen lächelnd) läßt mit lauter Stimme den § 43 bis zum letzten Absatz (!) vor und bemerkt ironisch: „Der Paragraph handelt ja

dem Druckbestellen zu Hahzwecken! — Angellagte: „Wir befehlen und auf den letzten Absatz, der das Verteilen in den Häusern gestattet.“ — Vorsizender (mit scharfer Betonung): „Wer hat Ihnen das gesagt?“ — Angellagte (etwas verlegen): „Das wissen wir selbst.“ — Vorsizender (nach kurzer Pause, sehr leise lesend): „In geschlossenen Räumen ist zur nichtgewerblichen Verbreitung von Druckschriften eine Erlaubnis nicht erforderlich.“ — Der Zeuge Polizei-Sergeant Rikel wird vorgerufen, kann jedoch trotz allem Hin- und Herredens nur bezeugen, daß er selbst keinen der Angellagten ertappt hat, sondern erst von dritten Personen unterrichtet ist. — Nach etwa halbstündiger Beratung zurückkommend, richtet der Vorsizende an den Amtsanwalt die Frage, ob er unter Beweis stellen wolle, daß die Verbreitung eine öffentliche gewesen sei? — Verlegenes Schiefzucken! Im übrigen ist der Herr Amtsanwalt der Ansicht, daß es „ganz egal“ sei, ob öffentlich oder nichtöffentlich! Die Verbreitung ohne polizeiliche Erlaubnis an sich sei strafbar! — Polizei-Sergeant Rikel wird darauf nochmals eindringlich befragt, ob er nicht feststellen könne, daß die Verbreitung eine öffentliche gewesen sei? — Der Vorsizende: „Das wäre ja schon ganz richtig. Suchen Sie also festzustellen, ob die Angellagten Flugblätter von der Straße aus in die Fenster geworfen oder unter den Haustüren hindurchgesteckt haben!“

Resultat: Der Termin wurde vertagt und Polizeisergeant Rikel hat zu recherchieren, ob die drei Sünder wirklich irgendwo ein Flugblatt in ein offenes Fenster hineingeworfen haben! — —

Hoffentlich wird die Mühe des Herrn Vorsitzenden des Mülheimer Schöffengerichts belohnt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Nachmal die farbigen Rühnenmänner.

In großen Vorgesang hat die mähligende Aussperrung die Vereinigung der Berliner Firmen-Schilderfabrikanten verlegt. Mit großem Lamam wurde ein Stilllegen der Betriebe zu Mittwoch, den 29. August, angekündigt, wozu die Vereinigung, bei deren Mitgliedern knapp ein Siebentel der organisierten Schilderwerker beschäftigt sind, gar nicht imstande ist. Uebrigens leitet in allen Schreibereien der Fabrikantenvereinigung die Behauptung wieder, die Aussperrung erfolgte wegen Streiks bei den drei Firmen Otto Grund u. Co., A. Pöschel und P. Voigt. In Wirklichkeit kommt die Firma A. Pöschel gar nicht in Betracht, weil dieselbe Maler nicht beschäftigt. Sämtliche Arbeiten der Firma A. Pöschel werden in der Werkstatt von Otto Grund u. Co. angefertigt. Wie prompt die Aussperrung vor sich geht, beweist, daß bis Donnerstagabend noch nicht zwei Duzend Aussperrte zu verzeichnen waren; ja, eine Firma machte am Montag sogar noch schnell mit ihren Malern eine vierzehntägige Kündigungsfrist aus, während bis dato nur eine eintägige bestand. Man kann sich denken, wie die um Masse und auf Befehl des Herrn Kasse tanzen fabrikanten ganz aus dem Häuschen gebracht werden. Geradezu erbärmliche Trübsal werden gegen die organisierten Ausländer angewandt. In einem Falle verfuhr man, die Frau eines solchen durch einen Menschen, der sich als Kriminalbeamter ausgab, einzuschüchtern, indem dieser fragte: Wo ist Ihr Mann beschäftigt? Die ahnungslose Frau wußte nicht gleich, wo er momentan beschäftigt ist, und sagte, er käme um 4 Uhr zu Hause. Darauf vermahnd der Herr schnellstens. In einem anderen Falle verfolgte ein angeblicher Kriminalbeamter einen Maler von der Luisenstadt bis zur Friedrichstadt und drohte ihm mit den Worten: „Ich lasse Sie hochhegen. Lassen Sie mal auf, daß Sie nicht ausgewiesen werden!“ Es ist natürlich ausgeschlossen, daß man mit solchen Mitteln irgend etwas erreicht. Sonst buhlt man um die Ausländer, um sie ordentlich auszubeuten, und läßt sie viele Meilen herkommen, 60 bis 80 Mark Lohn versprechend, um ihnen hier einen solchen von 27 bis 30 Mark anzubieten. — 32 Fabrikanten des Ringes sperren, 77 und schreiben, 24 Schilderwerker aus! Eine Aussperrung in dieser Form kommt auch wohl Herrn Kasse etwas komisch vor, dem Herrn, der sonst immer nur mit Tausenden von Aussperrten zu rechnen pflegt.

#### Der Streik der Kohlenarbeiter.

Die Firma „Glückauf“ hatte sich bereit erklärt, mit Vertretern des Verbandes zu verhandeln, wie Werner am Freitagmorgen den Streikenden bekannt gab. Noch spät am Donnerstagabend fanden die Verhandlungen statt, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Im allgemeinen zeigte sich die Firma geneigt, alle Forderungen anzuerkennen, bis auf einige kleine Differenzen, wobei keiner von beiden Seiten nachgeben wollte. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen und können leicht wieder aufgenommen werden. Die Situation verschärfte sich von Tag zu Tag. Für die Firma Louis Schulze liegen drei beladene Kohlen am Grolther Ufer, die schweres Liegegeld kosten; alle Bemühungen, die Ausladung zu bewerkstelligen, sind umsonst. Am Donnerstag sah man auf der Obersee 24 bis 30 Kohnladungen Kohlen und Koks und keine Arbeiter zum Ausladen waren zu haben. Die Firma Dorff hat sich in ihrer Not an die Herbergen gewandt und Handwerksbüchsen engagiert, die aber nicht genügend leisten können. Bei Gustav Schulze arbeiten allerlei Leute, die dort unangenehm beherrschbar werden. Wie die Polizei sich den Unternehmern gegenüber dienstfertig und eventuell auch nachsichtig verhält, darüber werden täglich neue Beispiele gegeben. Die Schutzleute bringen Arbeitswillige nach den Kontoren und leisten allerhand andere Dienste. Auf einer Polizeiwache in Moabit wurde ein Streikposten 6 bis 7 Stunden festgehalten.

In der Versammlung der Streikenden wurde festgestellt, daß der Arbeiter Lepinsky, der am Bahnhof-Lager verhaftet wurde und einem Schuttmann sich widersetzen wollte, kein Streikposten war und nichts mit dem Streik zu tun hatte, entgegen der Meldung bürgerlicher Blätter, die von einem „Streik-Erzieh“ berichteten. Die Genossen Werner und Bied gingen am Donnerstagabend auf den Büschgang und erlegten zehn Arbeitswillige, die am nächsten Morgen in der Versammlung der Streikenden zu sehen waren. Bied wurde als Wilderer dabei abgefaßt und mußte mit nach der Wache, wo man ihn drohte, daß man ihn 24 Stunden lang gleich mal da behalten würde. Er ließ sich aber nicht verblüffen und verlangte den Reviervorstand zu sehen. Das gefiel dem Herrn Wachtmeister nicht und Bied konnte seines Weges ziehen.

Heute, Sonnabend, werden die Streikgelder mit Riesenentscheidung ausgezahlt und nächste Woche wird eine erhöhte Streikunterstützung gezahlt werden, und das, obgleich die Großhändler das Gerücht verbreiten, daß Geld sei beim Verband schon „alle“ geworden.

#### Achtung! Former und Viehweidenarbeiter!

Die Sperre über die Norddeutschen Stahlwerke in Ober-Schönwalde bei Berlin ist hierdurch aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Der Streik der Stettiner Hafnarbeiter vor dem Forum der Stadtverordnetenversammlung.

Stettin, 31. August. (Tel. Ber.)

Wie wir bereits ankündigten, brachte die sozialdemokratische Fraktion in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen

Dringlichkeitsantrag ein, der die Befreiung der Sperre des Freihafens forderte. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Galerien von Zuschauern, meist Arbeitern, dicht besetzt. Zu dem Antrage nahm zunächst Stadtv. Praesdel das Wort. Ich bin nicht in der Lage, führte er aus, die Annahme des Antrages zu empfehlen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Stadt hat lediglich ihre Interessen zu wahren, was durch die vom Magistrat getroffene Maßregel auch geschieht. Durch eine Hemmung des Verkehrs im Freihafen würden für die Stadt nicht nur direkte Einnahmen verloren gehen, sondern es würden auch indirekte Schädigungen hinzukommen. Die Stadt hat im Hafengebiet sehr kostspielige Einrichtungen, Maschinen und derartige Anlagen. Würde nun in diesem Streik der Freihafen zum Kampfplatz ausweichen, so wären die Folgen hiervon nicht abzusehen. (Hoi! auf den Tribünen.) Die Antragsteller sind gar nicht in der Lage, eine Garantie zu leisten und die Verfürchtungen zu widerlegen. Wir haben die Verpflichtung, uns jetzt zu schämen. Diese Erwägungen sind durchaus ausreichend für den Magistrat, und die Bürgererschaft darf ihm dafür dankbar sein.

Diesen Ausführungen trat Genosse Herbert in äußerst scharfer Weise entgegen. Der Magistrat, sagte er, handelt einseitig. Es ist nicht Sache der Stadtverordnetenversammlung, zu prüfen, ob die Ansprüche der Arbeiter berechtigt sind oder nicht. Der Referent hat aber klar durchblicken lassen, daß für die Reeder Partei ergriffen worden ist. Wir müssen aber verlangen, daß die Behörde ganz unparteiisch bleibt. Die getroffene Maßregel dient allein dem Zwecke, den Kampf für die Arbeiter ungünstig verlaufen zu lassen. Der Hafen ist für alle gesperrt. Selbst Durchreisende dürfen ihn jetzt noch nicht befürchten. Die Kontrolleure lassen niemand hinein, der nicht so eine „Hundemarke“ vom Reederverband (Legitimationskarte) vorgeigen kann. Unter Polizeiaufsicht sollte ich den Hafen nur betreten dürfen. Ich lehnte diese Begleitung ebenso ab wie die des Betriebsdirektors. Wir Stadtverordnete sind gleichberechtigt mit dem Magistrat, und trotzdem diese Zurücksetzung. Der Magistrat hat seine Pflicht grob verlegt. Die Maßregel geht direkt gegen die Streikenden. Sie ist eine Verleumdung in schändlichster Form. Herr Oberbürgermeister, das ist eine Parteilichkeit, die ihnen nie vergeben werden wird. Sollte es noch ein Denkmal in Stettin geben, dann ist es eins für Sie! (Rufe: Unerhör! Unerufe, Glocke des Vorstehers.) Vorsteher: Ich rufe Sie zur Ordnung! Reeder hält keine Bemerkung aufrecht, zieht sich dadurch einen zweiten Ordnungsruf zu und fährt dann fort: Wie ich hier spreche, gebe ich nur ein mattes Bild von der Erregung, die unter den Streikenden herrscht. Im Interesse der Reeder sind besondere Kontrollen angefügt. Wer bezahlt diese? Die Arbeiter als Steuerzahler! Ich muß den Mut bewundern, den Sie hier an den Tag legen. Die Polizei hält sich durchaus tollwoll und unparteiisch, das muß anerkannt werden. Aber Sie mit Ihrer Maßregel schüren die Erbitterung. Sollen Sie unparteiisch sein, so müssen Sie unserem Antrage auf Aufhebung der Sperre zustimmen. (Lebhafter Beifall auf der Linken.)

Oberbürgermeister Halen: Ich freue mich, daß die Angelegenheit hier zur Sprache kommt. Wir haben den Freihafen mit großen Kosten erbaut. (Rufe auf der Tribüne: Und wir haben die Steuern dazu bezahlt!) Wir haben das Hausrecht. Wir müssen diejenigen, die „willig“ arbeiten wollen, vor ihren Gegnern schützen. Die Arbeiter, die in den Hafen dringen wollen, haben nicht die Absicht, zu arbeiten. Sie, Herr Stadtverordneter Herbert, können ja vorläufig (!) noch in den Freihafen. Hüten Sie sich aber, daß ich nicht auch gegen Sie das Hausrecht anwenden muß.

Herbert: Sie, Herr Oberbürgermeister, haben den Hafen nicht erbaut, sondern die Steuerzahler. Entstehen Unruhen, so ruht die Schuld auf Ihrem Haupte.

Dr. Delbrück (stellvertretender Vorsteher): Die Arbeiter haben gekündigt, und nun wollen sie die Reeder zwingen, nachzugeben. Es ist die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit des Magistrats, die Arbeitswilligen zu schützen, und wenn er nicht mehr fähig dazu sein sollte, so muß der Staat eingreifen. Es wird dem Magistrat besonders zum Vorwurf gemacht, daß er die Legitimationskarte nicht selbst ausgibt, sondern dieses Recht an eine Privatperson (Kunsmann vom Reederverband) abgetreten hat. Hierin liegt nichts Auffälliges. Die Legitimation besagt doch nur: Der betr. Arbeiter arbeitet bei dem und dem Reeder. Sie ist eine bloße Arbeitsbescheinigung. — An der weiteren Debatte beteiligten sich noch verschiedene Freunde und Gegner des Antrages, der schließlich — wie könnte es anders sein — gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt wurde.

In der heutigen Streikversammlung der Hafnarbeiter wurde bekannt gegeben, daß das königliche Bauamt für die Oberregulierung (Stettin) sich in den Dienst des Reederverbandes gestellt habe. Es sei nämlich ermittelt worden, daß es Arbeiter nach dem Arbeitsnachweise des Verbandes geschickt habe. Einzelne Reeder kamen auch auf die Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung zu sprechen. Einer erklärte, daß bei den Liberalen jedes Scham- und Ehrgefühl geschwunden sei, sonst hätten sie dem Dringlichkeitsantrage zustimmen müssen. Die Lohnkommission gab bekannt, daß in den Vororten von Stettin Streikposten stationiert werden sollen, weil man in Erfahrung gebracht habe, daß Arbeitswillige auf Umwegen in den Hafen geschafft würden. Die Swinemünder Kollegen haben es rundweg abgelehnt, Schiffe, die für Stettin oder für die Stedionische Fabrik bestimmt sind, zu löschen. Auch die christlichsozialen Arbeiter in Swinemünde haben eine gleiche Erklärung abgegeben. — In nächster Woche soll eine Protestversammlung des Stettiner Gewerkschaftsrates Stellung zum Streik der Hafnarbeiter nehmen. Die Reeder haben dem Gewerkschaftsrat noch keine Antwort zukommen lassen. Sie wollen einstweilen noch eine abwartende Stellung einnehmen.

Zu den Lohnbewegungen in Königsberg. Die Königsberger Kohlenarbeiter haben nun ebenfalls die Arbeit niedergelegt, nachdem sie in einer Versammlung am Abend zuvor den Streik einstimmig beschlossen hatten. Die Holz- und Kohlenfirmen haben das Schreiben der Lohnkommission, das die Wege zu friedlichen Verhandlungen anbahnen wollte, einfach unbeachtet gelassen und sich ebenfalls über den neuen Lohnvertrag, der allen Firmen rechtzeitig zugeht, in keiner Weise gekümmert. Die Kohlenarbeiter sind fast ohne Ausnahme im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands organisiert. Direkt im Streik stehen nun in Königsberg die Getreidehändler, Speichereute und Mühlenarbeiter, augenblicklich in Lohnbewegung die Tapezierer und Drechler Königsbergs.

Die Tapezierergesellen und Dekorateurs haben ihren gestellten Lohnvertrag so gut wie durchgedrückt, und damit eine Erhöhung der Alford- und Lohnarbeit um 2-2.50 M. pro Woche erreicht. Am Sonnabend und am Montag haben Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern stattgefunden, welche die Annahme des Tarifes mit einigen Herabsetzungen der Forderungen zum Erfolg hatten. Eine am Dienstag abgehaltene Gehilfenversammlung nahm nun den von den Kommissionen festgelegten Lohnvertrag ebenfalls an. Es wurde dann aber der Beschluß gefaßt, in allen Werkstätten, wo bis Freitag, den 31. August der Tarif keine Annahme gefunden, am heutigen Sonnabend die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde in der Versammlung in geheimen Abstimmung mit offen gegen eine Stimme angenommen.

Zur Regelung der beruflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Lithographen- und Steindruckgewerbe tagte in Chemnitz eine Kommission, bestehend aus je vier dortigen Unternehmern und Arbeitern und je einem Vertreter des Unternehmer-Zeitungsverbandes und des Senefelder-Bundes. Das Resultat der Verhandlung ist eine Lohnerhöhung für 55-60 Arbeiter von insgesamt etwa 100 M. wöchentlich; die über 80 M. betragenden Wochenlöhne sind von der Kommission nicht erhöht, das ist vielmehr der Vereinbarung zwischen den einzelnen Firmen und ihren Besültern überlassen worden. Besonders niedrige Löhne erfuhren dagegen eine Erhöhung bis zu 4 M. wöchentlich. Die Arbeitszeit ist dekant geregelt, daß die Vorklänge bei einigen Firmen bis zu 1 1/2 Stunden täglich beträgt. — Bei solchen Erfolgen schreiben bürgerliche Zeitungen nach der Beilegung des Kampfes von einer bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit!

### Die Moral des Montanstrikes.

Der hiesiger Hüttenverein hat an die von ihm am 15. August gekündigten Arbeiter das Ansuchen gestellt, über die Kündigungszeit hinaus weiter zu arbeiten, wie Material vorhanden ist, und dann ohne Kündigung entlassen werden können. Die Bedingungen liegen im Bureau zur Einsicht offen.

Diejenigen Arbeiter der Bauwerkstätte, welche gekündigt wurden, können so lange arbeiten, wie Material vorhanden ist. Die Bedingungen liegen im Bureau zur Einsicht offen.

Die im Bureau vorgelegten Bedingungen lauten:

Die Arbeiter erklären hiermit, daß sie so lange arbeiten, wie Material vorhanden ist, und dann ohne Kündigung entlassen werden können.

Die Arbeiter haben mit verschwindenden Ausnahmen die fonderbare Zustimmung zurückgewiesen. Damit dürfte die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten bis Sonnabend 4000 betragen. Im Laufe der Woche fanden eine Anzahl Versammlungen statt, die alle riesig besucht waren. Freitag und Sonnabend soll Hue in Haaren und Sachsen reden. In den nächsten Tagen soll der Oberbürgermeister Helm an n - Sachsen, der zurzeit verreist ist, zurückkommen, um eine Beilegung des Kampfes zu versuchen.

Die Tabakspinner und Vorlegerinnen bei der Firma Hagenbruch u. Co. in Mählighausen i. Lh. sind gestern in den Streik getreten, weil den Arbeiterinnen, die nur 8 M. Wochenlohn erhalten, eine geforderte geringfügige Lohnerhöhung von 97 Pf. pro Woche nicht bewilligt wurde. Die Tabakarbeiter, die ohne geklärte Vorlegerinnen nicht arbeiten können, legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen eine neue Arbeitsordnung oktroyiert werden sollte, nach welcher die Tabakspinner die bei den geringen Löhnen und bei der äußerst gesundheitschädigenden Arbeit schwer zu beschaffenden weiblichen Hilfskräfte selbst zu suchen und einzustellen verpflichtet werden sollten. Die Tabakspinner verlangen nunmehr ebenfalls Erhöhung der Alfordlöhne. Bezug ist strengstens fernzuhalten!

### Rürnberg macht Schule.

Auf Grund eines tendenziösen Berichtes des freimüthigen „Frankfurter“ in Nürnberg verbreitete die Depeschendirektion eine Meldung, wonach die streikenden Maurer in Bayreuth am Mittwochmorgen „ähnliche Ausschreitungen“ versucht hätten, wie sie kürzlich in Nürnberg vorgekommen sind“. Sie hätten einen „Gewaltstreik“ vorgehabt, indem sie die Arbeitswilligen von den Kasernebauten vertreiben wollten. — An der Kotiz ist nur folgendes richtig: Die Streikleitung erhielt am Dienstag Nachmittags, daß am anderen Morgen eine Sendung auswärtiger Streikbrecher eintreffen würde. Es wurde dann in der Streikversammlung beschlossen, sich am Morgen vor den Wachen einzufinden, um die eintreffenden Arbeitswilligen auf den Streik aufmerksam zu machen und in Gütigkeit zur Nichtannahme der Arbeit zu bewegen. Aber in der Richard Wagnerstadt, wo der liberale Parteiführer Casselmann als Bürgermeister regiert, witterte man in dieser friedlichen Demonstration sofort die Hydra der Revolution. Als die Streikenden sich kaum 5 Minuten auf dem Plage befanden, trafen von der einen Seite Chevaliers zu Fuß mit geladenem Karabiner, von der anderen eine Abteilung Infanterie, ebenfalls mit geladenem Gewehr, ein. Jeder Mann hatte fünf scharfe Patronen bekommen. Nachdem die Streikenden sich über die Situation klar geworden waren, schwenkten sie sofort seitwärts ab, um jeder Provokation aus dem Wege zu gehen, ohne daß eine Aufforderung zum Verlassen des Platzes an sie gestellt war. Die ganze Demonstration begann in der größten Ruhe und Ordnung und wurde ebenso beendet. Der freimüthigen Presse blieb es vorbehalten, daraus eine „versuchte Gewalttat“ zu machen.

### Ausland.

Der Kongress in Liverpool. Am Montag, den 3. September, tritt in Liverpool der diesjährige Kongress der englischen Trades Unions zusammen. Dieser Kongress wird, was die Zahl der Teilnehmer anlangt, der größte sein, den die englische Arbeitererschaft bisher abgehalten hat. Es sind angemeldet 480 Delegierte, worunter 28 Mitglieder des Parlaments, insgesamt vertreten die Delegierten 1,500,000 organisierte Arbeiter. Ueber den Verlauf des Kongresses werden wir berichten.

### Die Gewerkschaften in Japan

besinden sich ja noch ganz und gar im Anfangsstadium ihrer Entwicklung, aber sie beginnen schon einige Erfolge zu erzielen. So berichtet die letzte Nummer des „Hikari“, das Organ der japanischen Sozialisten, über einen Mauerstreik in Yokohama, der durch die Gewerkschaft gut vorbereitet war. Der fünfstägige Streik endete mit einem Siege der Arbeiter. Ihr Lohn, der früher etwa 1,00 M. pro Tag betrug bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden, wurde auf 2 M. erhöht und die Arbeitszeit auf 12 Stunden herabgesetzt.

Wie der „Hikari“ ferner mitteilt, gehen die japanischen Sozialisten ernstlich mit der Absicht um, ein Tagesblatt herauszugeben. Die Leitung dieses Blattes soll der Genosse Kozolu übernehmen, der früher den „Heimin Shimobun“ redigirte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Bierpreiserhöhung in Köln und Umgegend

ist, wie uns von dem Verband der Freien Gast- und Schankwirte durch Telegamm gemeldet wird, siegreich abgeschlagen worden.

### Ein Dementi.

Petersburg, 31. August. Die Petersburgener Telegraphenagentur erklärt, daß die an der Pariser Wache aufgetretenen Gerüchte, nach denen Ministerpräsident Stolypin zurücktreten und Graf Witte wiederum das Ministerpräsidium übernehmen werde, vollkommen unbegründet sind.

### Stolypin in Sicherheit.

Petersburg, 31. August. (M. T. B.) Infolge Aufforderung des Kaisers wird Ministerpräsident Stolypin demnächst mit seiner Familie ins Winterpalais übersiedeln.

Die russische Revolution.

Eine außerordentliche Versammlung unverantwortlicher Staatsmänner

Soll nach einer Meldung der „Strana“ demnächst zu Petersburg über die Gestaltung der inneren Politik Russlands beraten. Das Blatt schreibt des Näheren: „Die Einberufung der Versammlung steht mit den letzten Ereignissen im Zusammenhang. Die Versammlung wird denselben Charakter tragen, wie die, welche nach dem denkwürdigen 13. März 1881 (Am diesem Tage wurde Alexander II. getötet. Die Red.) einberufen wurde. Es werden Personen, die im Staatsdienst stehen und auch solche aus Hofkreisen an den Beratungen teilnehmen, ferner Staatsmänner der jüngsten Vergangenheit. Die Initiative zur Einberufung einer solchen Versammlung ist im Komitee der Landesverteidigung entstanden und wird von der Majorität des Ministerrates unterstützt.“

Die Beschlüsse jener Versammlung, die nach dem Tode Alexanders II. stattfand, sind für Russland höchst unheilvoll gewesen, denn sie leiteten eine Periode der schwärzesten Reaktion ein. Der Entwurf einer Verfassung, den Alexander II. zu unterzeichnen willens gewesen sein soll, verschwand im Dunkel der Archive. Wenn die Versammlung, die jetzt zusammentreten soll, von demselben Geiste befeuert sein wird, wie ihre Vorgängerin, wenn das Attentat auf Stolypin wie das auf Alexander II. zu einer Bekräftigung der ohnehin schon unerträglichen Unterdrückungspolitik führen soll, so würden die Leiden, die das russische Volk im Kampfe um die Freiheit erdulden muß, vermehrt und vergrößert werden, ohne daß das wankende Gebäude der zarischen Willkürherrschaft deshalb neue Festigkeit erlangt.

Die Tatsache des Zusammentretens dieser Versammlung unverantwortlicher Nachthaber zeigt übrigens sehr deutlich, wie wenig das Kabinett Stolypin die wirkliche Regierung Russlands ist, wie eng begrenzt seine Nachbefugnisse sind und wie wenig daher auch seine Programme und Reformversprechungen, selbst wenn sie ernst gemeint wären, wert sind.

Stolypin zum Rücktritt geneigt?

Der „Russische Kurier“ will wissen, daß die ultrareaktionäre Hofpartei den Zaren völlig für sich gewonnen habe und daß am Mittwoch bei einer Unterredung des Ministerpräsidenten mit dem Zaren dieser ihm mehrmals getagt habe, das Bombenattentat müsse schädlich auf seine Gesundheit einwirken. Dem Ministerpräsidenten sollte so angedeutet werden, daß der „Gesundheitsrücksicht“ zu befolgen habe. Nach dem Kontrat (der nach den Anklagungen gestern getagt hätte) werde Stolypin gezwungen werden.

Nach einer Petersburgener Meldung erklärte indes Stolypin einem Vertreter eines dortigen Blattes, daß alle neuerdings wieder umlaufenden Gerüchte, daß er abzudanken beabsichtige, unwahr seien.

Plechanow über die Lage nach der Duma-Auflösung.

Seitdem der bekannte russische Parteiführer Genosse Plechanow abseits von den zwei großen Fraktionen der russischen Sozialdemokratie eine selbständige Position einnimmt, erhält seine Stimme eine eigenartige Bedeutung dadurch, daß er ohne Rücksicht auf fraktionelle Zugehörigkeit sich über die Ereignisse ungezwungen ausdrückt und an der Parteitätigkeit freie Kritik übt. Das Erscheinen jeder neuen Nummer seines „Tagebuchs eines Sozialdemokraten“ ist immer ein Ereignis und begegnet nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der bürgerlichen Presse der allergrößten Aufmerksamkeit. Die kürzlich in Genf erschienene Nummer 6 (August) ist der durch die Duma-Auflösung geschaffenen Lage gewidmet. Wir geben den wesentlichen Inhalt der Ausführungen Plechanows wieder:

Die Auflösung der Duma konnte von jedem einseitigen Politiker erwartet werden. Für die Regierung war es vorteilhafter, den Konflikt früher vom Tische zu beseitigen. In der gegenwärtigen politischen Atmosphäre schrumpfen die Kräfte der Regierung mit jedem Tage zusammen; ihre letzte Stütze, die Armee, ist in Auflösung begriffen. Die Auflösung der Armee hat aber jetzt vorläufig erst begonnen. Gegenwärtig kann noch die Regierung auf die Mehrzahl der Truppen rechnen. Später, bei der weiteren Entwicklung dieses Auflösungsprozesses, wird die Mehrzahl der Truppen zu den Freiheitkämpfern übergehen. Der Selbsthaltungstrieb der Regierung erforderte es daher, die Duma bald aufzulösen.

Die Volkstrotzkunde waren gegen die Beteiligung an der Duma, weil sie keine „konstitutionellen Illusionen“ bei dem tatsächlichen Fortbestehen der alten Regierungsform im Volke befestigen wollten. Es war das eine falsche Taktik: gerade eine rege Beteiligung müßte solche Illusionen zerstören. Nur praktische Erfahrung konnte die großen Massen belehren, daß die gegenwärtige „Konstitution“ zu nichts führt. Durch praktische Erfahrungen würden alle zu begreifen gezwungen sein, daß ihre elementarsten wirtschaftlichen Interessen nur durch eine auf Grund des allgemeinen, gleichen usw. Stimmrechts einberufene Konstituante befriedigt werden können. Die Dumaauflösung ist für die Masse eine anschauliche Lehre gewesen; deshalb hat sie das Machtverhältnis zugunsten der Revolution verschoben. Es wäre für die Anklörung der Masse noch nützlicher gewesen, wenn der Anschauungsunterricht der Duma-Verhandlungen länger gedauert hätte; es war daher für die Regierung die frühere Auflösung auch in dieser Hinsicht wünschenswert; aber auch jetzt hat diese anschauliche Lehre die Entwicklung der Masse gefördert.

Die friedliche Lösung der Krise ist jetzt unmöglich geworden; allerdings war diese Unmöglichkeit auch früher für einseitige Politiker klar. Auch solche, die früher immer eine friedliche Lösung erstrebten (die Kadetten), haben im Wiborger Aufruhr den Weg der Revolution eingeschlagen und dadurch den revolutionären Weg betreten.

Die Illusion der „Gesetzlichkeit“ ist aber noch haften geblieben; es wurde so argumentiert: die Regierung darf nicht ohne Volkstrotzkunde Reformen einbringen und Steuern erheben, deshalb führt die Gesetzlichkeit zu Reformen und Steuererweigerung. Es geht aber der legale Widerstand notwendig in einen illegalen über. Der Standpunkt der Unterzeichner des Aufrufes war überhaupt verfehlt. Der richtige wäre der der Zweckmäßigkeit gewesen.

Der Hauptpunkt in dem Aufrufe hätte folgender sein müssen: Eine Vertretung, die aufgelöst werden kann, ohne die Forderungen des Volkes erfüllt zu haben, entspricht nicht den Volksinteressen. Deshalb ist eine Konstituante notwendig, oder aber, falls eine neue Duma zusammentritt, der Kampf um die Konstituante demnach der neuen Duma. Der zweite Punkt hätte die Aufforderung sein müssen, den Aufruf in den Massen und auch in der Armee zu verbreiten. Die Reaktionen gibt sich Mühe,

damit ihre Manifeste jedem Bauer bekannt werden; so soll auch von der Revolution gehandelt werden: der Ausgang des Kampfes hängt davon ab, was jeder Bauer sagen wird.

Es wird allgemein anerkannt, daß alle der alten Ordnung feindlichen Parteien getrennt marschieren, bereit zu schlagen sind. Um vereint schlagen zu können, sollen alle im gegenwärtigen Augenblick eine und dieselbe Grundidee propagieren, und die kann nur sein: die Konstituante. Das Kadettenorgan „Njetsch“ sagt, daß es noch verfehlt ist, die besonderen Klasseninteressen zu verfechten, bevor die allgemeine Sache des ganzen Volkes gesichert worden ist. Sehr richtig! und gerade die Klasseninteressen des Proletariats laufen mit den gemeinsamen zusammen, so daß es dabei die eigenen Klasseninteressen gar nicht vernachlässigt. Bei dem sogenannten „arbeitenden“ Bauerntum sind die Klasseninteressen mit den gemeinsamen nicht immer identisch; aber auch für seine Interessen ist die Konstituante die einzige Möglichkeit der Verteidigung und Sicherung. Am wenigsten laufen die Klasseninteressen der Kadetten, nämlich der liberalen Grundbesitzer, mit den gemeinsamen zusammen; die Konstituante kann sie bei der Bodenenteignung schwer schädigen. Diese müssen entscheiden, ob sie das eigene Klasseninteresse oder das gemeinsame höher einschätzen. Es wäre deshalb gut, wenn die „Njetsch“ häufiger an die allgemeinen Interessen erinnerte. Diese aber können wir durch eine Vertretung des souveränen Volkes, eine Konstituante, gesichert werden.

Es muß dies allen Bürgern Russlands klargemacht werden. Die Dumaauflösung hat diese Aufklärungsarbeit außerordentlich erleichtert. An sich war die Duma nichts; sie war aber ein Mittel zur politischen Erziehung der Masse. Dieselbe Erziehung soll durch die Dumaauflösung gefördert werden. Den rückständigen Volksschichten und der Armee soll die Notwendigkeit der Einberufung der Konstituante klar gemacht werden. Auch bei den neuen Duma-Wahlen wird die Volkstrotzkpolitik schädlich sein; aber bei der Beteiligung an den Duma-Wahlen soll die Propaganda der Idee der Konstituante der Zweck sein.

Stolypin hat sich getraut, daß die Dumaauflösung so ruhig aufgenommen wurde. Er erwartete offenbar einen sofortigen Aufstand. Er hat sich geirrt: ein Aufstand wäre leicht zu unterdrücken gewesen, einen solchen brauchen die Revolutionäre nicht. Wir brauchen keine Putzschere oder Augenblicks-ausbrüche; wir brauchen eine siegreiche Revolution. Diese muß aber noch durch organisatorische und Agitationsarbeit vorbereitet werden. Das ruhige Verhalten des Proletariats zeigt, daß bei ihm Bewußtsein an die Stelle von Elementarreaktionen tritt.

Die „Njetsch“ schildert eine Versammlung in der Ansiedlung Pokrowskoje, Gouvernement Samara, bei Gelegenheit der Dumaauflösung. Die Anwesenden sprachen: „Eine Konstituante soll einberufen werden!“ Die Redner aber mahnten, abzuwarten, was Petersburg und Moskau sagen werden, und vorläufig ruhig zu bleiben. Eine solche Ruhe wird die Position der Regierung nicht bestärken, sondern erschüttern.

In vielen Industriezentren (Iwanowo-Wodnessensk, Doney-gebiet, Wjansk) ist noch die schwarze Bande stark, d. h. das proletarische Bewußtsein wenig entwickelt. Bei planmäßiger Propaganda entwickeln sich aber jetzt auch die rückständigen Proletariatschichten schnell. Die „Njetsch“ berichtet, wie in Wladimir (Doney-gebiet) die häufigen Versammlungen das Proletariat völlig gewandelt haben, so daß die früheren Pogromteilnehmer nicht mehr zu erkennen sind.

Daselbe gilt für die Bauern. Die „Njetsch“ beschreibt wie im Gouvernement Nischni-Nowgorod die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären Versammlungen veranstalten und die Masse organisieren. Es werden Bauernclubs, Bauernkomitees gegründet. Reisende Agitatoren kommen, und die Bauern wohnen mit großer Lust einer Reihe Vorträge bei. Bei den Sozialdemokraten ist dies besonders gut eingerichtet. Bisweilen finden auf Wunsch der Bauern Diskussionen zwischen verschiedenen Parteibetreibern statt. Die Bauern treiben dann selbst die Agitation weiter.

Das ist alles sehr gut, es muß aber noch besser werden. Es ist notwendig, daß das gesamte Bauerntum solcher Einwirkung unserer Partei unterzogen werde. Ohne dies zu tun, können wir nicht siegen; wenn wir aber dies getan haben, wird es uns unmöglich sein, nicht zu siegen.

Auch ein zweites tut not: Systematisches Einwirken auf die Armee. Die Propaganda im Militär geht erfolgreich vorwärts; es muß aber hier noch ein gutes Stück Arbeit geleistet werden. Jede Familie, die im Militär Mitglieder hat, soll dabei helfen. Diese Arbeit soll getan werden, bevor wir das Volk zum Kampf auffordern. Sonst werden wir bloß Stolypin einen Dienst erweisen.

Das Proletariat wird den Kampf beginnen, wenn es ihm, nicht wenn es Stolypin paßt. Ihm wird er dann passen, wenn das ganze Volk und die Mehrzahl der Truppen revolutionär gestimmt sind. Uns Revolutionäre soll die ganze Gesellschaft unterstützen. Dann wird das Ziel in nicht fernem Zukunft erreicht werden.

Das folgende Heft des „Tagebuchs eines Sozialdemokraten“ wird den Meutereien und dem Massenstreik gewidmet werden. Was darüber bekannt ist, kann uns in derselben Ueberzeugung bestärken: Wir brauchen keine Augenblicksausbrüche; sie können uns bloß schwächen; wir brauchen eine siegreiche Revolution; und zu einer solchen ist noch Vorbereitungsarbeit nötig.

Neue Bluturteile über die Sveaburger Meuterei.

Helsingfors, 31. August. Gestern wurde über den Rest der Aufreißer von Sveaborg das Urteil gefällt: 19 Soldaten und drei Zivilisten wurden zum Tode durch Erschießen, 33 Soldaten zu Zwangsarbeit von 12 bis 15 Jahren, 33 zur Verurteilung in eine Strafableitung auf 4 bis 5 Jahre, 195 auf 3 bis 4 Jahre und 298 zu 3 bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Guerillakrieg gegen die Polizei in Moskau.

Am Montag, den 27. August sind in Moskau mehrere sorgfältig organisierte Attentate auf Polizeibeamte verübt worden. Nach dem „Russischen Kurier“ wären sie von Sozialrevolutionären unternommen worden. Ueber den Verlauf teilt dieselbe Quelle mit: In dem betreffenden Bezirk waren zahlreiche Sozialrevolutionäre mit Browning-Revolvern bewaffnet auf dem Bürgersteig verteilt. Gegen 9 Uhr abends kamen plötzlich auf einer mit feurigen Pferden bespannten Prozession zwei junge Leute an den Polizeileutnant P. A. Schischulin herangeführt, schossen ihn nieder und töteten mit ihrem Gefährten blühend davon, um in der KarjemasstraÙe zwei an Restaurant „Bolta“ postierte Polizeibeamte in derselben Weise niederzuknallen und davonjagen. Als aber die Polizeibeamten der benachbarten Reviere auf die Attentäter zu schießen begannen, erwiderten nicht nur diese das Feuer, sondern auch die auf den Bürgersteigen sich befindlichen bewaffneten Revolutionäre. Trotzdem sofort die umfassendsten Nach-

forschungen angestellt wurden, konnten weder die Attentäter noch ihre Helfershelfer ermittelt werden.

Agitation im Heere.

Die beim russischen Polizeidepartement eingelaufenen Nachrichten besagen, daß in verschiedenen russischen Kasernen, vorwiegend aber solchen in Süd-Russland, eine verstärkte Agitation des sozialrevolutionären Militärsomites ermittelt worden ist.

Der Hauptmann Minaiew von der 4. Sotnie des 22. Kosakenregiments in Mariupol wurde wegen revolutionärer Propaganda unter den Kosaken verhaftet und nach Odessa gebracht.

Ein revolutionärer Pfarrer?

Petersburg, 31. August. Die Untersuchung über die Unruhen an Bord des „Pamjat Isowa“ hat ergeben, daß der Urheber der Matrosenmeuterei ein 65-jähriger Seefahrer des Schiffes gewesen ist. Er wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. (?)

Ein Bombenattentat.

Die „Lodzger Zeitung“ meldet am 28. August aus Wladykowsk: Nach der Abreise des Gouverneurs aus Pruschan wurde des Abends in das Gebäude der dortigen Polizeiverwaltung eine Bombe geworfen. Die Post (?) wurde zerstört. Opfer an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. Die Attentäter sind entkommen.

Unzuverlässige überall.

Aus vertraulichen Mitteilungen einiger Gouverneure geht hervor, daß die in der letzten Zeit vielfach beobachtete Flucht politischer Gefangener u. a. darauf zurückzuführen ist, daß die Gefängnisdirektoren vielfach „unzuverlässige Elemente“ sind.

Warschau.

Das Ansehen einer belagerten Stadt bietet, wie der Korrespondent der „Virsh. Bed.“ schildert, die Stadt Warschau nach den terrorrussischen Akten der letzten Zeit. Auf den Trottoiren marschieren in voller Ausrüstung Dragoner, Infanteristen und Artilleristen. Die Passanten dürfen nur auf dem Straßendamm gehen und werden durch beständige Zurufe „links gehen!“ zur Bewegung angehalten. Natürlich wagen sich keine Spaziergänger mehr auf die Straßen heraus, die verödet daliegen. Um 8 Uhr abends werden die Haustore, die Käden und die Cafes geschlossen. Die Theater sind leer. Handel und Wandel steht.

Sonstige Meldungen.

Petersburg, 31. August. In Schoussa wurde ein unterirdischer Gang von der Wohnung eines Zaren bis zur Residenz des Gouverneurs General Kolotschapow entdeckt. Man nimmt an, daß auf den Gouverneur ein Attentat geplant war.

In Kitau wurde ein Jude verhaftet, der einen Schubkarren mit Kartoffeln fuhr, unter welchen 40 Revolver und eine Kiste mit Patronen gefunden wurden. Die Revolver werden in der Stadt mit 150 Proz. Ausschlag verkauft.

In den Gouvernementen der Wolganiederung planen die Bauern einen allgemeinen Aufstand, nur die Verteilung von Land kann den Aufstand verhüten.

In Tscheljabinsk, einer Gemeinde von 15 000 Einwohnern, welche als revolutionäres Zentrum bekannt ist, wurden große Vorräte an Bomben und ein ganzes Waffendepot entdeckt.

In den Gouvernementen von Kasan, Simbirsk und Samara dürfte die Hungersnot schon Ende des Monats ausbrechen, die Geldvorräte der Zemstwo sind völlig erschöpft und die Zentralregierung hat das Volk zu ernähren. Die Hochschulen werden am 28. September wieder eröffnet.

Nochmals die hohen Löhne der Buchdrucker.

Wir zeigten unseren Lesern kürzlich den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer in einer jedenfalls eigenartigen Rolle. Nicht durch unsere Schuld. Er demühte sich dem „Vorwärts“ gegenüber die relativ hohen Löhne der Buchdrucker heranzustreichen. Daß wir ihn in solcher Rolle nicht bewundern und seine Beweisführung nicht anerkennen, erbot sich sehr. Er widmet uns dafür eine Hülle von „Liebeswürdigkeiten“, die wir verschmerzen, weil wir genügend Verständnis für seine unangenehme Position besitzen. Auf seine sachlichen Einwände gehen wir ein. Wir hatten nebenbei bemerkt, daß die Löhne der Buchdrucker in der berufsgenossenschaftlichen Statistik durch die eingestellten Beiträge für versicherte Unternehmer und Gehälter der Beamten günstig beeinflusst werden. Dazu bemerkt der „Korrespondent“, es komme dafür nur ein Prozentsatz von 0,0020 Versicherter in Betracht. Nach dem Bericht der Berufsgenossenschaft beträgt die Zahl der freiwillig Versicherten aber 200, das macht auf die Gesamtzahl von 132 644 schon 0,2254 Proz. aus. Dazu kommen aber noch die versicherungspflichtigen Beamten. In seiner ersten Entgegnung erklärte der „Korrespondent“, er könne trotz Anfrage bei der Berufsgenossenschaft nähere Lohnangaben nicht machen. Jetzt gibt er den Durchschnittslohn für Buchdrucker auf 1341,08 M. an. Damit glaubt er unsere Berechnung einer mittleren Linie von 1260 M. entkräftet zu haben. Das ist ein Irrtum! Wir hatten ausdrücklich konstatiert, daß die Löhne der Buchdrucker hinter denen anderer Facharbeiter zurückstehen. Wollen wir nun nach dem Rezept des „Korrespondent“ verfahren und den Löhnen der Buchdrucker unter Ausschluß der Jugendlichen und Lehrlinge die Löhne anderer Facharbeiter, z. B. Dreher, Maurer, Schmiede usw. gegenüber stellen, dann würde sich für die Buchdrucker ein noch ungünstigeres Verhältnis ergeben als durch die Gegenüberstellung der berufsgenossenschaftlichen Durchschnittslöhne. Die Kernfrage ignoriert der „Korrespondent“ vollständig. Nach den Angaben der Berufsgenossenschaft sind die Löhne übrigens nur sehr minimal gestiegen, von 1025 M. im Jahre 1904 auf 1040 M. im Jahre 1905. Der Kuriosus halber geben wir noch folgendes aus dem „Korrespondent“ wieder:

Düwelle nennt unsere Feststellung, er habe in der Parteipresse einmal erklärt, die fortgesetzten Lohnerhöhungen bedeuten eine nicht zu übersehende Gefahr für die Allgemeinheit, als Schwindel und beweislose Verdächtigung. Nun wir fragen Herrn Düwelle, wer anfangs vorigen Jahres in der „Leipziger Volkszeitung“ den Satz geschrieben hat: „Es ist ein Grundvertrauen, anzunehmen, jede Lohnerhöhung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt.“ Im Gegenteile kann die Einkommenssteigerung für einen Beruf eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit einschließen. Nehmen wir an, das Kohlenmagnumtatum läßt eine Lohnsteigerung für die Gesamtbelegschaft in Summe von 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht. So hat die Bergarbeiterchaft zwar 50 Millionen Mark nominell gewonnen, die Gesamtheit hat aber trotzdem 50 Millionen Mark auf dem kapitalistischen Altare opfern müssen.“

Wir müssen schon dabei bleiben, daß es eine beweislose Verdächtigung ist, wenn man aus dem Vorstehenden „feststellt“, Düwelle habe erklärt, die fortgesetzten Lohnerhöhungen bedeuten eine nicht zu übersehende Gefahr für die Allgemeinheit.“ Für eine Gefahr erklärt er die Preiswuchererei, durch welche die Verbrauchung, durch Lohnerhöhungen würde die Konkurrenzfähigkeit und die Rentabilität unterbunden, ins Reich der Märchen verwiesen wird. Wenn der „Korrespondent“ die Bewegung der Kohlenpreise mit den Löhnen der Bergarbeiter vergleicht, wird er übrigens finden, daß das gewöhnliche Beispiel feiner nur aufzufehr der Wirklichkeit entspricht. Der „Korrespondent“ hat dann noch den sonderbaren Einfall, Genossen Kautsky gegen Düwelle sprechen zu lassen,

well dieser in einer Polemik gegen Genossen Calwer der Ansicht entgegen getreten ist, daß die Arbeiter bei jeder Lohnerhöhung, jeder Herabsetzung der Arbeitszeit auch heute schon sich ängstlich fragen müssen, ob sie nicht den Profit oder die Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmung dadurch beeinträchtigen, was diese ja stets mit großer Empfindlichkeit. . . .

## Soziales.

### „Viktoria.“

Zu dem Kapitel: Glend der Versicherungsbeamten u. gehen aus noch fortgesetzt Zuschriften zu. Wir veröffentlichen die folgende, weil es sich dabei um eine besondere Gruppe von Beamten handelt. Die Zuschriften, welche sich im allgemeinen mit den Verhältnissen der Handlungsgehilfen, Bureau- und Außenbeamten befassen, können wir schon aus Rücksicht auf den Raum nicht alle zum Abdruck bringen. Die Zuschrift, die sich mit der Lage der Kassierer beschäftigt, lautet:

Die Einnehmer der „Viktoria“ sind keineswegs besser gestellt wie die Innenbeamten.

Unter der bunten Kellameuniform steckt eine Menge Glend und oft viel Mühsal.

- I. eine Kaution von 1000 M. zu hinterlegen,
- II. ein polizeiliches Führungsbüchlein der letzten 5 Jahre beizubringen,
- III. sonstige sehr gute Zeugnisse vorzulegen,
- IV. sich einer peinlich genauen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Erst nach gewissenhafter und zufriedenstellender Beledigung dieser vier Punkte ist der Einnehmer würdig, das Wohl — der „Viktoria“ zu fördern. Der Monatsgehalt beträgt sage und schreibe brutto 100 Mark.

Dem Einnehmer wird eifrige, acquisitorische Tätigkeit zur Pflicht gemacht.

Er muß pro Monat in der „Vollbranche“, für 4 Mark Wochenbeitrag, Versicherungen heranschaffen, sowie jede Woche einen Feuerantrag bringen.

Die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig.

Der Urlaub, auf welchen der Einnehmer nach fünfjähriger Kadellöser Führung Anspruch hat, steht nur auf dem Papier.

Es dürfen nie zwei Einnehmer zusammen gehen oder während des Dienstes ein Restaurant besuchen.

Zuweiderhandlungen werden das erstmal mit 30 Mark bestraft, das zweitemal folgt Entlassung.

Kontrollreue bewachen sorgsam jeden Schritt der Einnehmer.

Bei der Betriebskrankenkasse bestehen manche Mißstände.

So ist jetzt das Krankengeld pro Tag um 50 Pfennig gekürzt worden.

Ein Einnehmer hatte kürzlich das Malheur, sich krank melden zu müssen. Wohl auf Grund des Aites des Vertrauensarztes der Betriebskrankenkasse erhielt der Einnehmer trotz zwölfjähriger aufopfernder Tätigkeit — die Kündigung.

Er war einer von denen, die auf Lebensstellung rechneten.

Die Außenbeamten (Agenten) der „Viktoria“ werden von ihren Generalagenten auch gründlich ausgehöhlt.

Handwerker werden unter Vorpiegelung falscher Tatsachen aus fester Arbeit gerissen und, nachdem sie ihre Verwandten und Bekannten verschreckt hatten, fliegen sie aufs Pflaster.

Es versteht sich von selbst, daß die Direktion mit allen Mitteln versucht, die ihr verhassten organisierten Beamten und Einnehmer aus ihrem Musterbetriebe zu entfernen.

Die hier in Betracht kommenden Organisationen werden der Direktion der „Viktoria“ auf ihre rigorosen Maßnahmen zu gegebener Zeit die richtige Antwort nicht schuldig bleiben.

## Aus Industrie und Handel.

Zimmer wieder Preiserhöhungen. Die Hamburger Kohlenhändler erhöhen ab 1. September die Preise für Hausbrandkohle um 30 Pf. für den Doppelbestseller. Im Zwischenhandel ist bereits seit gestern eine Preiserhöhung durchgeföhrt. . . .

Vom Bierkrieg. Um die Dutzidlers dem Preisartell anzuschließen, haben die rheinisch-westfälischen Verbandsbrauereien dieser Tage wieder mal eine Besprechung veranstaltet. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt geworden. In Hamburg ist in einer Versammlung der Britevereine beschlossen worden, unter allen Umständen den Kampf mit den Brauereien aufzunehmen und den Bezug von dortigem Bier ab 1. September einzustellen. . . .

Der Altonaer Ausschuß der Gastwirtevereine hat den Auftrag erhalten, von auswärtig ringfreies Bier nach Hamburg zu schaffen; er fordert das Publikum von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgebung auf, die Biere in ihrem Kampfe gegen die Brauereien zu unterstützen. . . .

Von der Kohlennot. Wie behauptet wird, hat das Kohlen-syndikat in letzter Zeit in England keine Abschlüsse mehr gemacht, weils Befriedigung des inländischen Konsums. Weiter wird behauptet, das Syndikat besorge seinen Export mit englischen Kohlen. . . .

Zwischengewinne. Daß bei einer „guten“ Gründung mehr heraus kommt, als bei lebenslanger mühseliger Arbeit, dafür gibt der Prospekt der Terraingesellschaft am Teltowkanal Rudow-Johannisthal, deren Aktien im Verlage von 3 600 000 M. an der Börse zugelassen sind, einen neuen Beleg. . . .

Die Gesellschaft ist Ende Dezember 1902 mit einem Aktienkapital von 100 000 M. begründet worden. Am 3. Januar 1903 wurde das Kapital auf 3 Millionen Mark und dann am 9. September 1904 weiter auf 3 600 000 M. erhöht. . . .

An den Kreis Teltow sind zum Bau des Kanals abgetreten worden 16 Dektar 66 Ar. an Strahlenland an Alt-Glienide 53 Ar. zusammen 17 Dektar 19 Ar.

Eine Dividende hat die Gesellschaft bisher noch nicht verteilt, aber dafür hat der Kaufmann Tredlow mit der Gründung ein feines Geschäft gemacht. Es wurde ihm ein Zwischengewinn von 1 000 000 M. unter der Bedingung gezahlt, daß derselbe eine Forderung der Berliner Bank an die Metallindustrie Aktiengesellschaft Schonebeck in Höhe von 872 207 M. und nom. 251 000 M. Aktien derselben Gesellschaft dagegen erwarb.

Jüandholz-Trußt. Die japanische Regierung hat mit der Diamond-Jüandholzfabrik einen internationalen Trußt gebildet, in den auch die englische Firma Behant u. May aufgenommen worden ist. Die japanische Regierung hat die Jüandholzfabrikation in ihrem Lande durch staatliche Unterstützung so entwickelt, daß diese jetzt den Markt in China, Australien, Teilen Ostindiens und auf den Philippinen fast beherrscht. . . .

Ausland in Rosten. Die oft bestrittenen schlechten Ertragsverhältnisse in Ausland sind teilweise jetzt schon durch Mäzigung des Getreideexportes behätigt worden. Sie werden weiter behätigt durch folgenden Bericht des deutschen Konsuls in Libau vom 25. d. M.: Das seit 14 Tagen eingetretene Regenwetter verhindert die Einbringung des Sommerertrags. . . .

## Aus der Frauenbewegung.

### Pflegebamen und Arbeiterinnen-Heim!

Herr Kommerzienrat Max Krause, Inhaber einer Lugs-papierfabrik in der Alexandrinenstraße, hat eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Pflegebamen für weibliche Angestellte in Fabrikbetrieben und Arbeiterinnen-Heim“. Er legt seine Arbeit der Öffentlichkeit zur Kritik vor. Herr Krause hat, wie er betont, reiche Erfahrungen innerhalb der Industrie gesammelt. . . .

Herr Krause hat, wie er betont, reiche Erfahrungen innerhalb der Industrie gesammelt. Sein Betrieb ist, was auch von uns zugegeben werden kann, in hygienischer Beziehung manchem anderen Unternehmen dieser Art weit voraus. Wenn er sich nun in seiner Broschüre erstens mit der Frage: Gründung von Arbeiterinnen-Heimen beschäftigt, so geht er von dem Standpunkt aus, den in Berlin allein wohnenden Mädchen ein sauberes, gemütliches Heim zu schaffen, das dem Wohnen in Schlafstellen vorzuziehen sei. . . .

Rum ist anfangs nur von dem Preise für die Wohnung die Rede gewesen, dazu kommen noch die Kosten für die Ernährung. Herr Krause rechnet aus, daß eine Person 9 Mark pro Woche für Miete und Nahrung im Heim gebraucht. Der Satz ist gewiß nicht hoch, aber er harmonisiert nicht mit den Löhnen, die fast überall in der Berliner Lugs-papierfabrik und auch bei Herrn Krause gezahlt werden. . . .

Von Pflegebamen ist in dem zweiten Abschnitte die Rede. Der Verfasser wendet sich gegen den bürgerlichen Berliner Frauenverein, welcher ein Umschreiben an die Fabrikbesitzer versandt hat, worin diesen die Notwendigkeit der Anstellung von Pflegebamen vor Augen geführt wird. . . .

werbeinspektoria übermittelt. Werden sich Arbeiterinnen an diese Institutionen, so können sie weit eher auf Abhilfe rechnen, als wenn eine vom Fabrikanten bezahlte Person dertartige veranlassen soll.

Die Zustände in der Stollwerkischen Schokoladenfabrik (Zweigbetrieb Berlin) beschäftigten am Donnerstag eine Versammlung der dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach einem sehr befallig aufgenommenen Vortrag von Fräulein Kadeit über den „Wert der Männer- und Frauenarbeit im modernen Fabrikbetriebe“ ging Weidler vom Verband der Konditoren besonders auf die elenden Wohnverhältnisse in der Weidestraße 81. . . .

## Vermischtes.

Von Zigeunern entführt wurde der noch nicht schulpflichtige Knabe Gustav Friedrich aus Biesien. Er ist nach Angaben von Kindern von den Zigeunern, welche in einem Einspännerwagen Biesien bei Brandenburg a. d. S. passierten, herangelockt und mitgenommen worden. . . .

Zu der Angelegenheit der Brettdiva Ransen erklärt Herr Vallö in einer Zuschrift an die „Misch. Neuesten Nachr.“: Fräulein Ransen war seit ihrem 16. Jahre bei mir engagiert, war meine Schülerin und ich hatte die Pflicht, sie zu heiraten. Fräulein Ransen war unter meiner Leitung eine Ueberbrettgröße ersten Ranges geworden und wurden uns Gagen bis zu monatlich 3000 M. angeboten. . . .

Die Lage in Santiago. Die Gemeindebehörden haben verfügt, daß alle arbeitsfähigen Einwohner außerhalb der Stadt unterzubringen seien. In den Spitälern werden zurzeit 3000 Verwundete versorgt. Die Gattin des deutschen Militärattachés von der Liden ist den beim Erdbeben erhaltenen Verletzungen erlegen.

Der tägliche Eisenbahnunfall. Curve, 31. August. Der Materialschaden, der durch den gestrigen Eisenbahnunfall auf der hiesigen Station hervorgerufen ist, wird auf etwa 60 000 M. geschätzt. . . .

Das Drama eines Blinden. Vor dem Schwurgericht in Laibach stand gestern der 27-jährige blinde Herr Bartholomäus Perlo unter der Anklage des Mordes. Perlo war vor 15 Jahren in das Haus des Grundbesizers Georg Jmscher in Kleinburg als Diener aufgenommen worden. . . .

- Wasserstand am 30. August. Elbe bei Ruyß — 0,29 Meter, bei Dresden — 1,75 Meter, bei Magdeburg — 0,82 Meter. — Ulfersnuf bei Stralsund + 1,30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,23 Meter, bei Weidau + 0,86 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,20 Meter, bei Frankfurt + 1,14 Meter. — Eichel bei Draschmünde + 2,50 Meter. — Barthe bei Posen + 0,40 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochenttäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

gefehlt ist. In letzterem Falle gilt er nachträglich genehmigt. Vollzähliges Juridizium nur zulässig, wenn der Antrag auf Durchführung binnen einer Woche nach dem Austritt vom Lehrberuf gestellt ist.

2. Kein. — G. B. 19. 1. Nicht verständlich. 2. Erkundigen Sie sich. Bitterbach, Landsberger Allee 19/20. — R. N. 100. Unvollständig. Fragen Sie bei der Bezirksregierung an.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 1. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Dr. Klaus. Neues Operntheater. Geschlossen. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipps: Im wilden Westen.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage um 8 Uhr: Die Höhle des Löwen.

Apollo-Theater. Heute Debüts Heute der neuen Spezialitäten. Berlin im Omnibus.

Metropol-Theater. Heute Debüts Heute der neuen Spezialitäten. Berlin im Omnibus.

Bernhard Rose-Theater. Das neue September-Spezialitäten-Programm.

Paul Coradini. The Baignolles, musikal. Exzentriks.

Passage-Theater. Heute erstes Gastspiel: Josefina Dora.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Spanienliebe.

Lortzing-Theater. Belleallianzestr. 7/8. Sonnabend, 1. Septemb. 7 1/2 Uhr: Eröffnungsvorstellung.

Schiller-Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Castans Panoptikum. Friedrichstraße 165. Dreyfus - Esterhazy. Schreckenskammer - Hennig.

Dietz' Spezialitäten-Theater. Landberger Allee 76-77. Ab 1. September: neues sensationelles Programm.

WINTER GARTEN. Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms.

Palast Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr Beginn der XII. Saison.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger.

Herbst-Fest. Genossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens.

Wahalla-Varieté-Theater. Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor.

Chorführer-Schule. Neue Promenade 9/10 (am Bgl. Ecke).

„Volksgarten-Theater“ Badstr. 8. (Ecke Behm- und Bellermannstraße.)

Herbst-Fest. Genossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens. Großes Konzert Theater Spezialitäten.

Trianon-Theater. Die Notbrücke.

Schweizer Garten. Am Königsplatz - Am Friedrichshain. Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Vorstellung und Tanz.

Colosseum. Dresdenerstr. 97. Heute: Große Eröffnungs-Vorstellung.

Kabarett. (Ohne Weinzwang.) Verzdgl. Bewirtung. Normale Preise.

Welt-Ausstellungs-Biograph. Theater lebender Photographien mit abwechslungsreichem Abnormitäten-Programm.

Wahalla-Varieté-Theater. Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor.

Chorführer-Schule. Neue Promenade 9/10 (am Bgl. Ecke).

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

del Aufnahme von 6 Stück 24 Pf. 4 Mk. 50

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Vorstellung und Tanz.

Colosseum. Dresdenerstr. 97. Heute: Große Eröffnungs-Vorstellung.

Kabarett. (Ohne Weinzwang.) Verzdgl. Bewirtung. Normale Preise.

Welt-Ausstellungs-Biograph. Theater lebender Photographien mit abwechslungsreichem Abnormitäten-Programm.

Wahalla-Varieté-Theater. Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor.

Chorführer-Schule. Neue Promenade 9/10 (am Bgl. Ecke).

Herbst-Fest. Genossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens.

„Volksgarten-Theater“ Badstr. 8. (Ecke Behm- und Bellermannstraße.)

Herbst-Fest. Genossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens. Großes Konzert Theater Spezialitäten.

Chorführer-Schule. Neue Promenade 9/10 (am Bgl. Ecke).

Herbst-Fest. Genossen der Rosenthaler Vorstadt und des Gesundbrunnens.



## Loden-Pelerinen

Wetterfeste, praktische Stoffe.

Reichfaltige, glockenförmige Pelerinen, bis über die Waden hinweg reichend. Mit und ohne Kapuze. — Strapazierfähige Farben.

19.— 17.— 16.—  
14.— 12.—  
11.— 10.— 9.—

8 M.



## Loden-Havelocks

Praktische Lodenstoffe.

Bequemste Tragart gegen Wind und Wetter. Strapazierfähige, moderne Farben.

24.— 21.— 18.—  
15.— 12.— 10.— **6.75 M.**

Regen-Pelerinen  $\frac{12.- 8.75}{7.50 5.-}$  **4.25 M.** | Gummi-Mäntel  $\frac{33.- 30.-}{24.- 20.-}$  **15 M.**

# Baer Sohn

Spezialhaus grössten Masstabes

Chausseestrasse 24<sup>a</sup>/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog No. 29 (Loden-Kleidung) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

## Unerreicht

an Güte und Beutler's Füllkraft sind echt chinesische

**Mandarinen-Daunen**

Pfund nur 2,50 M. Ein Versuch führt zur Nachbestellung.

**Bettfedern**

doppelt gereinigt und entstaubt, daher größte Füllkraft Pfund 50 Pf. bis 2,50 M.

**Gänsehalsdaunen und Daunen**

Pfund 2,50 bis 8,00 M.

**Fertige Betten**

großer Stand (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit haltbarem Inlett 12 M.

bessere Sorten 15, 20, 25, 30 M.

Hochfeine Brautbetten 40 bis 60 M.

empfiehlt das große Spezial-Geschäft

**L. Beutler,**

**BERLIN.**

Oranienstr. 8, nahe Hochbahn,

Ackerstr. 28, Invalidenstr.

Neanderstr. 29, an der Schmidstr.

Reinickendorferstraße 115,

am Bahnhof Wedding.

Bettfedern-Dampf-Reinigung

freier Transport.

Amt IV, 3071. Amt III, 5301.

## Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Frig., Pringelstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Silberbergstr. 8, am Rüttenerspl. — Wilhelm Mann, Vetersburgerpl. 4 (Laden). — 50.: Paul Böhm, Vauquerspl. 14/15 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Zucht, Reibstr. 42 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Solzweckerstr. 8, im Laden. — Wedding: Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42. — Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Aderstr. 35, Eingang Anklamstr. — Gesundbrunnen: J. Trapp, Hagenstr. 21, vorn part. ImF. — Schönerhauser Vorstadt: Karl Marx, Lohsestr. 123. — Alt-Gliencke: Reinhold Schulz, Rindowstr. 83. — Charlottenburg: Guido Scharnberg, Zelenbühlstr. 1, Gde. Westliche, v. I. — Wilmersdorf-Halensee: Georg Heese, Berlinstr. 46, Laden. — Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Strauß u. Rummelsburg: Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — Grünau: E. Blume, Bismarckstr. 2. — Rixdorf: M. Heinrich, Nedastr. 2, im Laden. — Schmargendorf: Guido Kaminski, Gumboldstr. 2. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Tempelhof: R. Müller, Berlinstr. 41/42. — Ober-Schöneweide: Julius Grünow, Obhenstr. 10, I. — Nieder-Schöneweide: Bonafonso, Döhlenerstr. 14. — Johannisthal: Franz Hindold, Wilmersd. 7. — Adlershof: Erich Steiner, Nantastr. 8, I. — Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalderstr. 4b. — Köpenick: Friedrich Wolf, Granitzstr. 4. — Friedenau-Steglitz-Südende: H. Benjice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Rohrer, Döppelstr. 8, u. Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof 1. — Baumschuldenweg: E. G. G. Grützer, 2. II. — Treptow: Rob. Gramenz, Niesholzstr. 412, Laden. — Neu-Weißensee: H. Hestte, Sebanstr. 105, parterre. — Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönwalde, Wittenau, Waldmannslust, Herrmsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borghwalde, Schubartr. 43. — Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wöhlerstr. 73. — Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hanksels Ablage: Alfred Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — Teltow: Hermann Krüger, Reuterstr. 2. — Nowawes: Wilhelm Zapp, Friedrichstr. 1. — Spandau: H. Pöppel, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

## Nathan Wand

129 Stalickerstr. 129.

Die schönsten 20102<sup>a</sup>

Herren - Sommer - Paletots

und Anzüge in neu sowie speziell

**Monats-Garderobe**

von Kanakleeren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Vaughanzüge, sind in großer Auswahl stets zu tausend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**

129 Stalickerstr. 129.

Hochbahnhofsstation Kottbuscher Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Grösstes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren  
**Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116** Kein Laden (am Oranienplatz).



Weiche Herrenhüte von M. 1.50-7.00 Stiffe Herrenhüte von M. 1.85-7.00

Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.

Eagros. Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.

**Garnierte Damenhüte**

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl! Einzelverkauf zu auffallend billigen aber streng festen Preisen.

# Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109/112

Die Eröffnung der

Saison-Ausstellung von Neuheiten und Modellen

in den Abteilungen

**Damen-Putz**  **Damen-Konfektion**

sowie von

**Kleider- und Seidenstoffen**

findet

am 1. September cr. statt.



Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Am Dienstag, den 28. August, verstarb unser Genosse Albert Hill. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. September, nachmittags 2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichshagen statt. Um rege Beteiligung bitten Der Wahlvereinsvorstand.

Wilhelmshagen. Sonntag, den 2. September, findet die Generalversammlung des Wahlvereins, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Liebermann, Kronprinzenstraße, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Bericht des Kassierers, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vorhagen. Der Wahlverein für Waidmannslust und Umgegend hält am Sonnabend, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schweizerhaus in Waidmannslust seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Niehls über: „Der Parteitag in Mannheim“. Es ist Pflicht jedes Genossen, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Dienstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosenstr. 3, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Düwoll über die jetzige politische Lage, mit besonderer Berücksichtigung der Vorkommnisse in Russland, Breslau und Nürnberg, referieren wird. Genossinnen und Genossen! Agitiert für diese Versammlung und seid pünktlich anwesend. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Tribut an die Kirche!

Wenn alle, die nicht mehr zur Kirche halten, auch formell mit ihr bröcken und aus der Kirchengemeinschaft überhaupt austräten — wo bliebe da die Kirche und ihre Macht? Die Austrittsbewegung hat in diesem Jahre einen neuen kräftigen Anstoß erhalten, aber in bürgerlichen Blättern ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß an einem Austritt aller, die innerlich der Kirche entfremdet sind, nicht zu denken sei. Das ist auch die Meinung der Kirche, und in ihrer jetzigen Bedrängnis dient ihr das als einziger Trost.

Groß ist in der Tat die Zahl derjenigen, die sich daran genügen lassen, nur nicht mehr in die Kirche zu gehen, nicht für sich die kirchliche Trauung, nicht für ihre Kinder die Taufe und Einsegnung, nicht für ihre Verstorbenen die Leichenpredigt eines Pastors zu begehen. Sie fragen nicht mehr nach der Kirche, also wird — so meinen sie — auch die Kirche nach ihnen nicht mehr fragen. Viele dieser Gleichgültigen wissen gar nicht, daß sie trotz aller Verzichte auf die Segnungen der Kirche doch immer noch zur Kirchengemeinschaft gehören, so lange sie nicht auch in aller Form mit ihr gebrochen und anzuständige Stelle ihren Austritt erklärt haben. Und wer ihnen sagt, daß die Kirche sogar noch Rechte an sie hat, der riskiert, ausgelacht zu werden.

Schon manchem Ahnungslosen ist erst da ein Licht aufgegangen, als die Kirche ihre Rechte geltend machte und den Tribut heischte, der ihr zusteht. Die Verzögerung der Kirchensteuer bleibt ja einem großen Teil der Bevölkerung erspart, weil die untersten Einkommensstufen von ihr befreit sind. Aber die Kirche hat Mittel und Wege, auch den noch zu fassen, der niemals bis zu einem kirchensteuerpflichtigen Einkommen aufsteigt. Wenn Du im Leben nie Dich um die Kirche gekümmert hast und auch die Kirche nie sich um Dich zu kümmern brauchte, weil Du nicht kirchensteuerpflichtig warst, und es kommt mit Dir einmal zum Sterben — dann macht gegen Deine Hinterbliebenen die Kirche ihr Recht auf Deine Leiche geltend. Du gehörst noch zu ihr (sofern Du eben nicht Deinen Austritt in aller Form erklärt hast), mithin müßtest Du auf ihrem Friedhof beerdigt werden. Wenn Deine Hinterbliebenen Dich anderswo beerdigen lassen wollen, so haben sie Dich aus Deiner Kirchengemeinschaft erst „auszulaufen“ und tüchtig dafür zu zahlen.

Der Sinn dieser „Auslaufung“ und der damit verbundenen Gebührenforderung kann nur der sein, daß die Kirchengemeinde sich schadloß halten will für den Gewinn, den sie an der Leiche haben könnte, der ihr aber entgeht, wenn die Leiche anderswo beerdigt wird. Sie verliert nicht nur die Gebühr für die Grabstelle und für die Beerdigung. Auch all die anderen Gebühren, die noch an sie entrichtet werden könnten, die Gebühren für Aufstellung eines Denksteins usw., fallen ja weg. Wer einen Angehörigen nicht auf dem Friedhof einer anderen Kirchengemeinde, sondern auf dem Friedhof der Stadt Berlin (zu Friedrichshagen) beisetzen will, muß gleichfalls die Auslaufgebühr zahlen, wenn der Verstorbene nicht aus der Kirche ausgetreten war. Der Irrtum ist weit verbreitet, daß bei Beerdigungen auf diesem konfessionslosen Friedhof eine Auslaufgebühr nicht zu zahlen sei. Selbstverständlich steht es jeder Familie frei, ihre Lieben da draußen auf der Höhe bei Friedrichshagen zur Ruhe betten zu lassen, auch den, der etwa noch nicht aus der Kirchengemeinschaft ausgeschieden war. Aber wenn das noch nicht geschehen war, so muß für ihn auch der Tribut an die Kirche noch bezahlt werden.

Nur ein Mittel gibt es, diese Besteuerung der Hinterbliebenen, die oft durch den Tod des Ernährers in Not geraten, zu verhüten. Das ist eben der förmliche Austritt aus der Kirchengemeinschaft. Dann erst ist das letzte Band, das an die Kirche noch fesselt, zerschneiden. Dann hat auch die Kirche nicht mehr das Recht, eine Entschädigung dafür zu verlangen, daß ihrem Friedhof eine Leiche entzogen wird.

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, den 6. September, statt. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige, so daß die Sitzung wahrscheinlich von längerer Dauer sein wird. Die neuen Steuervorlagen (Kaufsteuer- und Wertzuwachssteuer usw.) stehen nicht auf der Tagesordnung, wohl aber mehrere dringliche Vorlagen wegen des Ankaufs von Grundstücken, Beschaffung von Baubestimmungen und ähnlichen Sachen, die vor dem 1. Oktober d. J. erledigt werden müssen.

Ausgabe der ersten deutschen Postkarten mit zwei Wertstempeln. Die ersten deutschen Postkarten mit zwei Wertstempeln gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Es sind dies die bei der Abschaffung der Dreipennigkarte übrig gebliebenen Karten zu diesem Werte, denen ein zweiter Stempel zu 2 Pfennig in brauner Farbe aufgedruckt worden ist. Die Reichsdruckerei verschiebt die Karten jetzt an die Kästen der Ober-Postdirektionen. Es ist die Anordnung getroffen, daß diese blauen Karten zuerst verteilt werden, also mit Vorzug vor den gelben Karten zu 5 Pf. Bei der Reichsdruckerei und den Verleihanstalten sind seitherzeit etwa 40 Millionen Dreipennigkarten in Paketen übrig geblieben, die jetzt mit dem Dreipennigstempel ergänzt zum Verkauf kommen. Die blauen Karten, die von Paketen übrig blieben, die beim Verkauf schon angebrochen waren, sind dabei nicht gerechnet. Der Wert dieser letzteren Karten wurde bekanntlich von den Postämtern selbst durch Auflösen einer Dreipennigkarte ergänzt. Die am 1. Juli in Bunden übrig gebliebenen blauen Postkarten stellen einen Herstellungswert von rund 185 000 M. dar. Dieser Betrag ist durch den Aufdruck des zweiten Stempels verdoppelt worden. Der Vorrat an unbedruckten blauen Karten für die Dreipennigkarten findet zur Herstellung von Postkarten zu Postdienstzwecken Verwendung. Die Reize des vorliegenden Papiers entspricht ungefähr dem Rest der ausgedruckten Karten.

Angung des Fernsprechanstages. Die Fernsprech-Vermittlungsanstalten 7 und 7a in der Wankensfeldstr. 9 werden in der Nacht vom 3. zum 4. September nach der Poliakstr. 90 verlegt, wo sie zu einer neuen Vermittlungsanstalt 7 vereinigt werden. Die Eröffnung der neuen Anstalt erfolgt, wie wir schon mitgeteilt haben, am Dienstag früh, den 4. September, beim Beginn des Dienstes. Von diesem Tage an kommt im Verkehr mit dem Amt folgende Betriebsart, wie bei den Aemtern 6 und Charlottenburg, zur Anwendung. Der Teilnehmer A des neuen Amtes nimmt den Fernhörer von dem Haken und hält ihn ans Ohr. Hierdurch erfolgt der Anruf der Vermittlungsanstalt selbstständig; einer Nachbedruehung bedarf es nicht! Auf die Antwort „Hier Amt!“ nennt A die Nummer von B, sofern dieser an dieselbe Anstalt angeschlossen ist. Der Beamte wiederholt die Nummer, gibt, wenn diese frei ist, zurüd: „Ja werde rufen!“ und weckt B. A beginnt auf die Meldung „Hier B!“ die Unterredung mit „Hier A!“. Sind A und B an verschiedene Vermittlungsanstalten, z. B. an 6 und 3 angeschlossen, so nennt A nur die Vermittlungsanstalt, an die B angeschlossen ist. Der Beamte der ersten Vermittlungsanstalt sagt: „Amt 3. — Ja werde rufen!“ Auf den Anruf des Amtes antwortet 3 dem Teilnehmer A: „Hier Amt 3!“, worauf A die Nummer von B nennt. Der Beamte des Amtes wiederholt die verlangte Anschlussnummer mit dem Zusatz: „Ja werde rufen!“ und weckt B. Von einem Amte nach allem System aus erfolgt nur der erste Anruf mit der Kurbel. Nach Beendigung des Gespräches braucht man bei den neuen Aemtern nur den Hörer an den Haken zu hängen. Nur die Teilnehmer der Aemter 1 und 2 geben, wie bisher, das Schlüsselzeichen durch dreimaliges Drehen der Kurbel. Will man bei einer Unterredung das Gespräch fortsetzen, so darf man bei den Aemtern 3, 4, 6, 7 und Charlottenburg den Hörer nicht anhängen, da dies die Trennung herbeiführt. Von Dienstag an gelten für einzelne Teilnehmer von Amt 7 die unter dem Druckstrich angegebenen Anschlussnummern.

Schulpersonalien. Der Rektor Sonnell ist an die 107. Gemeindeschule, Rektor Jander an die 67. Gemeindeschule versetzt worden. Zum Rektor der 31. Gemeindeschule ist der Lehrer Liebermich, zum Rektor der 147. Gemeindeschule ist der Lehrer Prahn und zum Rektor der 55. Gemeindeschule der Pädagoge Paris ernannt worden. Lehrer Lichtmann wurde zum Leiter der Filiale der 269. Gemeindeschule gewählt.

Am ein neues Denkmal ist Berlin bereichert worden. Diesmal ist ein Bronzestandbild der „Amazone“ von Professor Luotilon. Seinen Platz hat es im Denkmals- wie im Tiergarten. Am Donnerstag wurde es in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin enthüllt.

Durch das Spielen mit einer Schießwaffe ist am Donnerstagabend ein Knabe schwer verletzt worden. Der 13-jährige Theodor Knauf, dessen Eltern in der Gischenerstraße wohnen, hatte mit einem gleichalterigen Freunde Zeitungen ausgelesen und auf der Treppe eines Hauses in der Alexandrinenstraße einen Revolver gefunden. Die beiden Jungen begannen, die Waffe zu untersuchen, plötzlich entlud sich dieselbe, wobei das Geschoß in den linken Ringfinger des Kleinen A. drang und das Glied zerschmetterte. Der Verletzte wurde zur nächsten Unfallstation in der Alexandrinenstraße gebracht und erhielt hier einen Notverband; er wurde dann nach einem Krankenhause überführt.

Der „Stellensammler“. Auf arme Leute hat es ein frecher Schwindler abgesehen, der seit einiger Zeit in den südöstlichen Stadtteilen auftritt. Er erschien er dieser Tage bei der Witwenschaft 15 wohnhaften Frau S. und erkundigte sich, ob Frau S. geneigt sei, gegen eine Entschädigung von monatlich 30 M. die tägliche Reinigung der Büroraumräume der Möbelfabrik Seelig u. Co. in der Kaiser Friedrichstr. 27 zu übernehmen. Die Firma habe bereits die Stellung in den Zeitungen annonciert, aber all den Frauen, die sich daraufhin gemeldet, sei der Weg zu weit. Frau S. erklärte sich sofort bereit, die gutbezahlte Stelle zu übernehmen, worauf der Unbekannte erklärte, daß sie die der Firma entstandenen Inserationskosten tragen müsse. Frau S. bezahlte dem „Vermittler“ auch den verlangten Betrag. Als sie am Tage darauf die Aufwartestelle antreten wollte, mußte sie die Erfahrung machen, daß sie einem raffinierten Schwindler zum Opfer gefallen war. Der gleiche Trick ist dem Betrüger in vielen anderen Fällen gelungen. Zur Warnung für andere sei hier das Signalment des „Stellensammlers“ angegeben. Er ist etwa 26 Jahre alt, hat längliches Gesicht mit hoher Stirn, rötlich-blonden Schnurrbart und graue Augen. Der Gauner spricht den Berliner Dialekt.

Der Selbstmord eines Bauern-Millionärs erregt in den südwestlichen Vororten Berlins begriffsreiches Aufsehen. Die Verwandten des Lebendigen, der in dem Stadtforst am Kuggelsee aufgefunden wurde, haben ihn als den 53-jährigen Rentier Eduard Meyer aus Mariendorf rekonosziert. B. war Besitzer von zwölf Grundstücken in den Vororten der Reichshauptstadt, die einen ungeheuren Wert repräsentierten. Am Sonnabendmorgen verließ der Rentier, der am 28. Juni dieses Jahres von seiner Frau geschieden worden war, seine Villa in Mariendorf, fuhr nach einer Filiale der Deutschen Bank in Berlin und hinterlegte hier ein Depot von 10 000 M. mit dem Bemerken, daß dieser Betrag, falls er einmal stürbe, an den ihm ehre bestuudeten Vorträtmaler Sch. ausgezahlt werden solle. Er schrieb dann an seinen Freund und machte Mitteilung davon, daß er gezwungen sei, aus dem Leben zu scheiden. Dann kaufte sich der Rentier einen neuen Strid, eine Quantität Chankalf sowie ein Rasiermesser. Der augenscheinlich um die Gewißheit seines Todes sehr besorgte Mann fuhr dann nach dem Kuggelsee und erhängte sich in der Nähe von Kuggelsee an einer Aeser, nachdem er sich mit dem Rasiermesser die Pulsadern an beiden Händen aufgeschnitten und aus einem Tasstentopf eine gebürge Portion Chankalf getrunken hatte. In der Brusttasche wurde das Ehescheidungsurtel, der Depotschein über 10 000 M. und ein Geldbetrag von 120 M. gefunden. Dagegen fehlte die goldene Uhr, die B. bei seinem Fortgange aus der Wohnung mit sich genommen hatte. Es scheint, daß dieser Wertgegenstand dem Toten gestohlen worden ist. Die Leiche wurde gestern durch die Gerichtscommission zur Beerdigung freigegeben.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde gestern mittag der 7. Zug aus der Kemelerstraße nach der Petersburgerstr. 63 gerufen. Als der Zug dort anlang, war die Situation schon eine recht bedrohliche, die Flammen schlugen aus den Dachsternen und die Treppen waren bereits voll Qualm. Durch energisches Vorgehen gelang es schließlich, eine weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern und die Flammen auf den Dachstuhl des Hauses zu beschränken. Ueber die Entstehung des Feuers konnte noch nichts ermittelt werden. Der Schaden ist nicht unbedeutend, mehreren Mietern sind Mobiliar und Brennmaterialien, Wäsche und anderes verbrannt.

Das Bahalla-Varietés-Theater eröffnet heute die Saison, auch im Colosseum in der Dresdenerstraße findet heute die Eröffnungsvorstellung statt.

Auf der Treptowerwarte spricht Herr Dir. Archenhold am Sonntag, den 2. September, nachmittags 5 Uhr, über: „Weltanschauung und Himmelskunde“, abends 7 Uhr: „Unsere Erde als Planet mit Berücksichtigung der Erdbeben“. — Das Thema für den Montag-Vortrag, abends 9 Uhr, lautet: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche am Tage die „Sonne“ und die „Venus“, abends der „Mond“ bzw. „Saturn“ beobachtet.

Geperret. Die westliche Zufahrtstraße zum Alten Museum von der Südfront bis zum Platz am Lustgarten wird behufs Asphaltierung vom 3. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht brannte in der Oranienstraße 4 ein mit Müll beladener Wagen. Im Keller des Hauses Reinholdenstraße 28 war die Schaldecke in Brand geraten. Zum Glück wurde die Gefahr bemerkt, bevor die Bewohner zur Ruhe gegangen waren. In Rigdorf, Friederichstraße 28, wurde mit Erfolg ein Sauerstoffapparat zur Wiederbelebung eines Kranken benutzt. Treppenläuffer, Papier und anderes wurden in der Flemingstraße 1 ein Haub der Klammern, und Wäsche usw. verbrannt in der Müllerstraße 6. Ferner hatte die Wehr in der Bremerstraße 36, Uledomstraße 20, Dunderstraße 86, Christinenstraße 35, Pärtwaldstraße 10 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Eine neue Polizeiverordnung über das Meldewesen für die Vororte Berlins tritt durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Potsdam mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Vom genannten Tage an sind für Anmeldeungen Formulare (Größe 18 : 21 1/2 Zentimeter) auf weißem Papier, für Abmeldeungen solche aus grünem Papier zu verwenden. Jede Meldung muß innerhalb sechs Tagen nach Eintritt der Wohnungsänderung erstattet werden. Die An- und Abmeldung eines Reisenden muß innerhalb 24 Stunden nach seiner Ankunft resp. Abreise erfolgen. Gastwirte und Vermieter von Fremdenzimmern haben zweimal am Tage Meldung zu erstatten, und zwar derart, daß diejenigen Reisenden, welche zwischen 6 Uhr nachmittags und 6 Uhr morgens des anderen Tages zu- oder abreist sind, bis 8 Uhr morgens des lehteren Tages, diejenigen Reisenden, welche in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags zu- oder abreist sind, bis 6 Uhr nachmittags zu melden sind. Fremdenbücher sind nach ihrem Abschluß noch 1 Jahr aufzubewahren.

Charlottenburg.

Ueber die Tätigkeit der Stadtärzte

Im Rechnungsjahre 1905 veröffentlicht die Armenverwaltung einen umfangreichen Bericht, dem wir folgende interessante Daten entnehmen. Die Zahl der Kranken ist ebenso wie die der Konsultationen nur wenig gegen das Vorjahr gestiegen; die Zahl der Besuche hat um mehr als hundert, die der Gutachten um mehr als zweihundert abgenommen; das letztere dürfte in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen sein, daß jetzt die Gutachten für die Heilstättenbehandlung Lungenkranter fast immer durch den Vertrauensarzt ausgestellt werden. Wo in einzelnen Bezirken eine erhöhte Inanspruchnahme des Stadtarztes zu verzeichnen ist, erklärt sie sich aus der vermehrten Bewohnung einzelner Stadtteile. Auch in diesem Jahre stehen nach der Zahl der Fälle an der Spitze die Krankheiten der Atmungsorgane. Auf sie folgen die Krankheiten des Verdauungsorgans und der Sinnesorgane, die der Verdauungsapparate und dann sofort die Tuberkulose mit 520 Fällen, 8,25 Proz. aller behandelten Krankheitsfälle. Mehrere Berichte weisen auf die große Zahl der behandelten Tuberkulosefälle besonders hin; ein Bericht begründet die große Zahl damit, daß auch die ärmeren Bevölkerung auf die Gefahren der Tuberkulose aufmerksam geworden ist. Ein anderer Bericht hält es für notwendig, bei Tuberkulosen die Unterstutungen anders zu behandeln als sonst; bei der üblichen Höhe der Unterstutungen seien die Kranken nicht in stande, sich eine geeignete Wohnung zu beschaffen; eine reichlich gewährte Unterstutung würde in gewissen Fällen mehr Nutzen bringen als eine ihrer Zeitdauer nach doch beschränkte Heilstättenkur. Auf die dringende Notwendigkeit besserer und größerer Wohnungen für Lungenkranke zur Ermöglichtung einer Trennung des Kranken von den noch nicht Erkrankten ist betänntlich wiederholt von sachverständiger Seite hingewiesen worden. Leider erlauben die wirtschaftlichen Verhältnisse in den meisten Fällen die Befolgung dieses Rat-schlages nicht. Der Klage über den Mangel an Heilstätten für nicht mehr heilbare Tuberkulose, die in einem Bericht angestimmt wird, ist durch die Eröffnung der neuen Heilstätte Burg-Daber jetzt wenigstens etwas abgeholfen.

Die Wohnungsverhältnisse werden in fast allen Berichten als im ganzen zufriedenstellend bezeichnet, wenn auch einzelne Ausnahmen vorkommen und namentlich die älteren Häuser noch viel zu wünschen übrig lassen. In einem Bericht werden einzelne alte Häuser besonders in der Christstraße fast gesundheitsförderlich genannt; die neuen Häuser in demselben Bezirk haben Licht und Luft, doch wohnt die ärmeren Bevölkerung nicht in ihnen, weil die Mieten zu hoch sind. Ein Bericht weist auf die durch den Abbruch der alten Häuser in der Bismarckstraße eingetretene hygienische Verbesserung hin. Derselbe Bericht findet die Wohnungen im ganzen geräumig, doch zeigt sich häufig ein Mangel an Licht. In einem Bericht wird über feuchte Wohnungen in Neubauten geklagt. Ein anderer Bericht hebt das zunehmende Verständnis für die hygienischen Forderungen hervor, wenn auch Reinigung und Durchlüftung in manchen Wohn- und Schlafräumen noch viel zu wünschen übrig läßt. Ein Bericht, der gleichfalls die sichtliche Besserung der Wohnungsverhältnisse feststellt, betont, daß auch bei beschränkten Räumlichkeiten die Wohnungen meist sauber und gut gelüftet gewesen sind. Dagegen weist ein anderer Bericht darauf hin, daß die meisten Wohnungen wohl an sich nicht ungesund sind, es aber häufig dadurch werden, daß die Küche den einzigen Schlaf- und Wohnraum bildet, während die übrigen Räume abvermietet werden; gerade bei Tuberkulose sei das besonders gefährbringend, und es sei dringend anzustreben, solche Kranke, besonders auch Kinder dauernd von der übrigen Familie zu trennen oder auch nachts in Erholungsstätten unterzubringen.

Als unzulänglich werden in dem Berichte des Arztes, dem das städtische Familienhaus unterstellt ist, dessen Räume bezeichnet, weil bei dem engen Zusammenwohnen mit zahlreichen Kindern jede Epidemie mit großer Schnelligkeit um sich greift. In der Tat sind die Räume dieses sogenannten Familienhauses so gesundheitsförderlich, daß der Abbruch der Gebäude und ein Neubau dringend erforderlich ist. Die städtischen Adressschaften haben den Neubau allerdings bereits

vor Jahren beschlossen, die hierzu erforderlichen Mittel sind auch in einer Anleihe vorgezogen, aber trotzdem zögert man mit der Inangriffnahme des Baues. Ein bei Gelegenheit der Staatsberatung von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, noch im laufenden Jahre mit dem Bau zu beginnen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, da angeblich kein Bedürfnis vorhanden sei. Die Mehrheit der Stadtverordneten vertritt mit dem Magistrat den Standpunkt, daß von einem Bedürfnis erst dann geredet werden kann, wenn die Räume so überfüllt sind, wie vor einigen Jahren angefüllt der großen Wohnungsnot. Wir zweifeln auch daran, daß der Magistrat durch das Gutachten des Arztes des Familienhauses sich von seiner verkehrten Ansicht abbringen läßt.

Weiter ist aus den Berichten hervorzuheben, daß nirgends Epidemien vorgekommen sind. Die Märsen sind in den meisten Bezirken häufiger aufgetreten, in einem Bezirk auch Keuchhusten. Erkrankungen an Darmkatarrh und Brechdurchfall der Säuglinge sind überall außerordentlich gering gewesen. Wie weit das der Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen zuzuschreiben ist, darüber läßt sich heute noch kein Urteil fällen.

**Berein Freier Kindergärten.** Der erste Elternabend des Vereins findet Mittwoch, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Bauer, Berlinstr. 88a (Ecke Brauhofstraße), statt. Herr Julius Vorchardt spricht über das Thema: „Schlagt Eure Kinder nicht!“ Danach freie Aussprache. Das zweite Merkblatt gleichen Inhalts (das erste lautete: „Geht Euren Kindern keinen Alkohol!“) wird in der Zusammenkunft ausgegeben werden. Die Beteiligung aller Eltern der Vereinskinder wird erwartet. Gäste sind willkommen. — Ein Schularbeitsgitar für schulpflichtige Kinder ist im Lokal des Kindergartens (Brauhoftstraße) eröffnet worden und wird bereits in erfreulicher Weise besucht. Er bietet Gelegenheit, unter Aufsicht der Schulaufgaben zu fertigen und reichliche Spielgelegenheit unter Anleitung der Kindergärtnerin. — Die starke Inanspruchnahme des Kindergartens hat eine Vergrößerung der Räumlichkeiten erfordert. Vom 1. Oktober an wird im gleichen Hause eine ganze Parkterrasse unter Verfügung stehen. — Der zweite Kindergarten soll in Moabit eröffnet werden. Auskunft erteilt Frau Toni Suhmann-Charlottenburg, Berlinstr. 102.

**Rixdorf.** Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag war nur von kurzer Dauer. In reichlich einer halben Stunde erledigte man die ziemlich umfangreiche Tagesordnung. Vor Beginn der Beratungen widmete der Stadtverordnetenvorsteher dem vor kurzem verstorbenen Stadtrat Hoffmann einen warm empfundenen Nachruf, den die Versammlung lebend anordnete. Als Delegierter für den am 24. und 25. September in Küstrin stattfindenden Brandenburgischen Stadtrat wurde Stadtverordnetenvorsteher Sonder gewählt. Die Kommission zur Abschätzung von Flurschäden bei Truppenübungen wird wieder aus den bisher dieser angehörenden Mitgliedern gebildet. Die durch den Tod Hoffmanns freigewordene Stadtratstelle soll demnächst zur Neubewertung ausgeschrieben werden. Zur Vorprüfung der Bewerbungen wird der Wahlschuß um 6 Mitglieder verstärkt, darunter befinden sich auch die Genossen Hoppe und Iden. Zum Zwecke der Herstellung einer Unterführung für die projektierte Verlängerung des Schiffahrtkanals und einer Unterführung unter der Anfallbahn Rixdorf-Baumwollenschulweg — schräg gegenüber der Stolzenburgischen Badeanstalt — schlägt der Magistrat den Abschluß eines Vertrages mit dem Eisenbahnklub vor. Die Versammlung überwies den Vertragsentwurf einem Ausschuss von 6 Mitgliedern, dem u. a. auch die Stadtw. Iden (Soz.) und Büchli (Soz.) angehören.

Der jederzeit widerruflichen Verpachtung des städtischen Grundstückes Richardstr. 113/114 an die Berliner Ausstellungsgalerie, G. m. b. H., wird zugestimmt. Die letztere beabsichtigt, dort einen Tennisplatz zu errichten; einen Teil des Grundstückes will sie als öffentlichen Spielplatz herrichten und zur unentgeltlichen Benutzung freigeben. Den Vorlagen zum Umbau des Wasch- und Trockenschuppens im städtischen Krankenhaus und zur Errichtung eines neuen Steigerturmes für die Feuerwehr wird zugestimmt. Die vom Verein zur Förderung der Kunst im verflossenen Winter veranstalteten Ausstellungen in der Aula des Gymnasiums haben ein Defizit von 121,50 M. ergeben, und zwar — wie aus der Vorlage zu ersehen ist — infolge der bedauerlichen Tatsache zu schwachen Besuches der Veranstaltungen. Der genannte Betrag soll dem Verein erstattet werden. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Der Verkauf der im Besitz der Stadt befindlichen Grundstücksmasse Rosen- und Richardstraße-Ecke wird mit der Bedingung genehmigt, daß der Käufer sofort die Bebauung vornimmt. Zur Vergrößerung des neuen Krankenhausgrundstückes an der Rudower Chaussee beantragt der Magistrat den Verkauf eines 4 1/2 Morgen großen Areals zum Preise von 18 000 M. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Zustimmung überliegend findet schließlich noch der Zweckvermeidung von Schadenerschuldungen vorgeschlagene Austausch von Grundstücken auf dem Niesekopf Bahnmännersdorf und einige Beamten- und Ehrenbeamten-Angelegenheiten.

**Ein schwerer Unglücksfall** hat sich gestern auf dem Neubau der katholischen Kirche in der Kronenstrasse in Rixdorf zugegetragen. Der 47 Jahre alte Steinträger Georg Strenlau, Melchiorstr. 3 wohnt, hatte nach dem ersten Stockwerk eine Last Steine hinaufgetragen. Beim Abwerfen der Steine trat er fehl und stürzte kopfüber auf die Klipprichtung hinab. Der Bedauerndwerte hatte bei dem Unfall so schwere Verletzungen erlitten, daß seine Einlieferung in das Hedwigs-Krankenhaus notwendig wurde.

**Karlshorst.** Eine Überschwemmung infolge Wasserrohrbruches entstand Donnerstag am Bahnhof in Karlshorst. Ritten unter der Bahnüberführung strömte unaufhörlich das Wasser aus dem schadhaft gewordenen Rohr und überschwemmte den ganzen Straßendamm. Obwohl die Bahnhofsverwaltung sich sofort mit den Wasserwerken in Verbindung setzte, dauerte es volle fünf Stunden, bis man daran ging, Abhilfe zu schaffen und dem auch den Bahndamm unterliegenden Herausströmen des Wassers ein Ende zu machen.

**Hohen-Schönhausen.** Zum Säwunggrabe gerammt. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat das zweiwöchige Schicksal des Schuhmachers Kurz aus der Hohen-Schönhausenstr. 29 den Tod gefunden. Das Kind war in einem unbewachten Augenblick in die Werkstätte des Vaters gegangen und hatte sich an die Maschine herangewagt. Es geriet in das Getriebe hinein und wurde von dem Säwungrade erfasst. Das unglückliche Geschöpf wurde hochgeschleudert und mit solcher Gewalt gegen die Fensterbank gequetscht, daß der Kopf vollständig zermalmt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Reinickendorf-Ost.** Zeitbilder aus der preussischen Geschichte vor 100 Jahren führte Genosse Schiler in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins den Genossen vor Augen. In seinem Vortrage über „Jena und Luerhadt“ zeigte Redner an mannigfachen Beispielen die Unfähigkeit des Regierens des damaligen Adels, der an reaktionärem Standesdenken die heutigen Kraus- und Schlödenbaronen nicht nachgab. Der lehrreiche Vortrag fand lebhaften Beifall.

Der Vorsitzende Genosse Schönberg gab alsdann in Kürze den Bericht der Kreis-Generalsammlung von Niederbarnim. Es nahmen hierzu die Genossen Gieseler, Seglin und Gutzsch

das Wort, die jedoch rein theoretische Fragen erörterten. Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gemacht, daß am 4. November eine Urania-Vorstellung stattfindet. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, für zahlreichen Besuch zu sorgen. Nachdem der Vorsitzende noch einige geschäftliche Mitteilungen machte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Zossen.** In dem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung muß es heißen: „Zur Felddeputation wurde Herr Trhonadt (nicht Drenewt) einstimmig bestätigt.“

**Spandau.** Feuer brach gestern nachmittags gegen 3 Uhr auf dem Grundstück der Firma Leopold Oppen in der Wilhelmstadt aus. Es brannte der Lagerstuppen. Da derselbe als Lagerraum für Fasern, Oele, Teer und dergleichen dient, fand das Feuer reichlich Nahrung. Auch das angrenzende Wohngebäude des Herrn Marzoth schwebte in Gefahr, und es ist nur der fast gänzlichen Windstille zu danken, daß es nicht ein Raub der Flammen wurde. Die Wasserbeschaffung war eine schwierige, da dasselbe von der Klosterstraße durch drei Schlauchleitungen herangebracht werden mußte. Der Schaden ist niedergebrannt.

## Gerichts-Zeitung.

**Das Martyrium eines unehelichen Kindes**  
beschäftigte gestern wieder einmal den Strafrichter. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung und mittels gefährlichen Werkzeugs war die Frau Alwine Feige geb. Grünberg vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts II angeklagt. Die Verhandlung entrollte das leider immer wiederkehrende Bild des unsäglich traurigen Gesichts eines Kindes, welches das Unglück gehabt hat, unehelich auf die Welt zu kommen. Wie leider allzu häufig in anderen Fällen, die noch nicht einmal an die Öffentlichkeit kommen, so mußte auch hier ein unglückliches Kind von der eigenen Mutter die allerschlimmsten Mißhandlungen und sonstige Lieblosigkeit erdulden, weil es der Mutter infolge einer beabsichtigten Heirat unangenehm geworden war. Die kleine Marie Grünberg mußte von ihrer frühesten Jugend an lieblose Scheltworte und Schläge über sich ergehen lassen, weil sie eben die Folge eines Fehlrittes der Mutter war. Dieser war das Kind stets ein Dorn im Auge. Anlässlich einer Untersuchung der Schulkind durch den in Reinickendorf zuständigen Schularzt Dr. Salomon wurde es das erste Mal entdeckt, daß sich die kleine zehnjährige G. in einem geradezu erbarmungswürdigen Zustande befand. Der ganze Körper des Kindes war von oben bis unten mit dicken blutunterlaufenen Striemen bedeckt, die nur von einer ganz unbarmherzigen Mißhandlung herrühren konnten. Auf Verfragen erklärte die Kleine, daß Mutter sie alle Tage furchtbar verbaue. Im Dezember vorigen Jahres nahmen die Nachbarn der damals in der Eichhornstraße wohnhaften Angeklagten täglich ein fürchtbares Schreien wahr, welches von klaffenden Schlägen und schließlich von einem dumpfen Falle begleitet war. Am nächsten Tage war die kleine G. spurlos verschwunden. Sie war ihrer damals noch unverheirateten Mutter entlaufen, um den immer brutaler werdenden Mißhandlungen zu entgehen. Einige Tage später wurde das Mädchen von dem Amtsdienere Utesch aufgefunden und dem Dr. Salomon wieder zugeführt. Dieser konstatierte, daß das Kind wiederum kein heiltes Fiekrchen am Leibe hatte. Der ganze Körper war mit blauen und grünen Striemen und Beulen überfüllt; im Munde hatte das Kind ein großes Geschwür, welches von dem zerrissenen Jungendbändchen herrührte. Ueber die Ursache dieser ziemlich gefährlichen Wunde befragt, erklärte die Kleine, die Mutter habe ihr ein schmutziges Ruytuch in den Mund gestopft, um sie am Schreien zu verhindern. Gegen die Angeklagte wurde nunmehr erst das jegliche Strafverfahren anhängig gemacht. Das Schöffengericht hielt trotz der bisherigen Unbedachtsamkeit der F. mit Rücksicht auf die ganz erhebliche Rohheit eine exemplarische Strafe für angebracht und erkannte auf vier Monate Gefängnis. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde gestern nach nochmaliger Beweisaufnahme unter Verkündigung des ersten Urteils auf Kosten der Angeklagten verworfen.

**Der schwere Unfall**, der sich vor Jahresfrist auf der Bühne des Metropol-Theaters ereignete, beschäftigte gestern die erste Ferienkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Buchner. Auf die Anklage der fahrlässigen Körperverletzung hatte sich der Bühnenmeister Max Kilolet zu verantworten. Das Unglück ereignete sich am 27. August 1905. Bei der Probe des noch immer gegebenen Stückes „Auf ins Metropol“ brach der Aufbau, der die „Terrassen am Dalcinee“ darstellt, plötzlich zusammen und gegen 30 Soffisten, Choristen und Statisten stürzten aus einer Höhe von mehreren Metern auf die Bühne herab. Eine Anzahl von Personen wurde bei dem Unglücksfall leicht, mehrere oder sehr schwer verletzt. Dem Angeklagten, dem die Aufgabe obgelegen hatte, das Gerüst nach den ihm vom Theatermalern übergebenen Zeichnungen herzurichten, wurde zum Vorwurf gemacht, daß er — teilweise unter eigenmächtiger Abweichung von der Zeichnung — das Robium so konstruiert habe, daß die nicht genügend festen Stützen die Belastung mit 32 Personen nicht aushalten konnten. Ueber die Personenzahl, über die Befestigung und die Zahl der Stützen war ihm nichts gesagt worden. Gerade weil ihm darüber nichts gesagt worden war, nach der Behauptung der Anklage er aber aus dem Modell erkennen mußte, daß es sich bei der Benutzung der obersten Platte um Volk und Gedränge und nicht bloß um ruhig stehende Personen handelte, wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er nur Stützen zur Anwendung gebracht habe, die für ein Gewicht für höchstens 21 Personen ausgebeugt hätten, während bei der Probe etwa 32 Personen das Robium bestrahlt haben sollen. — Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Er behauptete, daß er nach der Zeichnung und dem Modell nur habe annehmen können, daß es sich um eine Belastung von 12 bis 16 Personen handle. Es sei ihm, daß der Konstrukteur eines solchen Podestes bei der ersten Probe zugezogen werde, unglücklicherweise sei aber an jenem Tage die Probe nicht nach der Reihenfolge der Bilder vor sich gegangen, da das sechste Bild gerade auf der Bühne stand, wurde dieses außer der Reihe probiert und vom technischen Personal war niemand anwesend, als das Unglück passierte. Der Angeklagte behauptete auch, daß, als er gesagt hatte, der Podest sei zur Probe zu benutzen, ein zur Befestigung dienendes Tau fest angezogen, nachher aber gelockert war. — Ueber die in Frage kommenden technischen und bühnentechnischen Einzelheiten, die bei der Erörterung der etwaigen Schuld des Angeklagten mit in Betracht kamen, liehen sich Direktor Richard Schulz, der Vorgänger des Angeklagten Zimmermann Theuer, Theatermalers Brochsta, Baurat Gropius und Maschinenbauingenieur Brandt in eingehender Weise aus. Wie es scheint, ist das Unglück dadurch verursacht worden, daß die in jenem Bilde auftretende Schaukelgruppe instruktionswidrig die obere Platte zu frühzeitig betreten hatte. Der in der ersten Partietreise sitzende Direktor Schulz hatte, während er mit den das Volk und Gedränge darstellenden Statisten probierte, die Parole ausgegeben, daß alles um die Platte sein solle. Daraufhin sind die Darsteller der Schaukelgruppe, die nach den Statisten von oben herabstiegen, aus eigenem Antrieb zu früh auf die Platte hinaufgeklettert und als dann die Statisten vom Direktor Schulz nochmals zurückgeschickt wurden, ist die Belastung wohl zu groß und die Bewegung aus dem Podest zu lebhaft gewesen. Nach Ansicht des Sachverständigen Baurats Gropius ist das Unglück dadurch entstanden, daß die Hölzer zu schwach waren. Wenn die gelockerten Seile mit funktioniert hätten, wäre das Unglück wohl nicht passiert. Maschinenbauingenieur Brandt war der Meinung, daß bei richtiger Konstruktion das Holz wohl ausgehalten hätte; die Lockerung der Seile sei dadurch gekommen, daß die Platte sich oben bewegte. — Der Angeklagte erklärte noch, daß er vorher eine Belastungsprobe mit 32 Mann gemacht habe und Direktor Schulz, der dem Angeklagten ein durchaus gutes Zeugnis gab, bestätigte ihm, daß er sicher die feste Überzeugung von der Solidität des Podestes gehabt habe. Der Staatsanwalt

gab zu, daß nicht festzustellen sei, wo im einzelnen die direkte Veranlassung zu dem Unglück lag. Ob die Frage zu erörtern, ob noch eine konstante Schuld anderer Personen vorliegt, müsse der Angeklagte doch für den Unfall verantwortlich gemacht werden. Mit Rücksicht auf die Schwere des Unglücks, bei welchem 10 Mitspieler in sehr schwerer Weise verletzt worden seien, beantragte der Staatsanwalt 2 Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, da hier gar nicht die Schuld eines einzelnen Menschen vorlag, sondern ein Unglücksfall, der durch das Zusammenstoßen aller möglichen Umstände herbeigeführt worden sei. — Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da er nicht voraussehen konnte, daß durch die Art seiner Konstruktion das Unglück herbeigeführt werden konnte. Er konnte seinerseits nicht damit rechnen, daß 32 Personen auf einmal auf der Platte aufgestellt werden und diese in eine schwebende Bewegung gebracht werden würde.

**Grundrätliches von der Schadenerschuld des Maschinenmeisters.** In einem Rechtsstreit G. Ionita A. war der klagende Buchdruckmaschinenmeister im Wege der Widerklage für einige Maschinenbeschädigungen verantwortlich gemacht worden. Die Kammer 8 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerbe Richters Dr. Schoden gab der Widerklage nur zum Teil statt, indem es den Widerbeklagten zur Zahlung von 10 Mark verurteilte. Dabei sprach das Gericht grundsätzlich aus: Der Arbeiter, der eine Maschine bediene, könne nicht für jeden Schaden, den die Maschine während des Betriebes erleide, verantwortlich gemacht werden. Mindestens müsse ihm Fahrlässigkeit nachgewiesen werden. Das sei nicht geschehen in dem einen Falle, der eine Tiegeldruckmaschine betraf. Aber auch in dem zweiten Falle könne er nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß ein Fremdkörper mit durch die betreffende Maschine gedreht wurde, was zur Beschädigung führte. Verantwortlich sei er aber für den weiteren Schaden an dieser Maschine, der dadurch entstanden sei, daß er sie nach Versuchen, aufgestaute Zähne wieder in Ordnung zu bringen, weiter drucken ließ. Deshalb die Verurteilung zu 10 Mark angemessenen Schadenersatz.

## Vermischtes.

**Ein Hornvieh.** In bürgerlichen Blättern wird berichtet: Ein großartiges Dokument ist einem Erfurter Gärtnermeister zur Aufbewahrung übergeben worden. Es ist das Dienstzeugnis eines bei ihm eingetretenen Gärtners, das um so größeren Wert besitzt, als es das einzige Schriftstück war, das der Mann als Ausweis und Empfehlung vorlegen konnte. Warum es das einzige Zeugnis war, geht aus dem Inhalt der amtlich gestempelten Urkunde hervor, die buchstabengetreu folgendermaßen lautet: „Der Gärtner B. von Kölsche hat vom 7. Juni bis 23. Juni bei mir zu meiner Zufriedenheit gearbeitet und ist hiermit entlassen, seine Papiere die er mitbrachte hat die Kuh gefressen den Inhalt derselben kenne ich nicht auch soll die Kuh das Vordem mitgefressen haben dies beschwichtigt hiermit (sein kleiner Ort im Kreise Eckartsberga) den 25. Juni 1906 Julius K. Mühlendestler. bezeugt u. Dorf Schulze.“

**Zentralbibliothek und Reichhalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 36. Geöffnet täglich von 9 1/2—10 Uhr abends, am Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Zeitschriften liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 2. September, vormittags 9 1/2 Uhr im Rathaus (Eingang Südstraße). Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, kleine Rosenstraße 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Biller über: „Darwins Weltanschauung.“ II. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

**Sozialdemokratischer Diskussionsklub.** Freie Zusammenkunft. Heute Sonnabend, pünktlich 7 1/2 Uhr im Gewerkehause, Zimmer 16: Sitzung, Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Bundeskonferenz. 2. Diskussion. 3. Vortrag des Genossen Gurland über: Arbeiterorganisationen und Untereingewerksverbände.“

**Berliner Marktliste.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktbesorger (Großhandel.) Kundfleisch Ia 69—73 pr. 100 Pfd., Ia 63 68, Ia 57—62, Iva 52—56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 95—105, Ia 78—83, Ia 68—76, IIIa 58 66, Hammelfleisch Ia 75—80, Ia 65—74, Schmalz Ia 68—75, Rindfleisch Ia per Pfd. 0,60—0,80, Ia 0,30 bis 0,50, Rothwild Ia per Pfund 0,40—0,50, Ia 0,20—0,30, Damwild 0,48 bis 0,50, Wildschwein Ia per Pfund 0,44, Fischlinge 0,00, Stenlingen per Stück 0,50—0,80, Wildenten Ia per Stück 0,50—1,50, Ia 0,50, Rebhühner, junge Ia 0,85—1,30, junge kleine 0,30—0,65, alte 0,65—0,80, Gänse, alte, per Stück 1,70—2,30, alte, Ia 1,30—1,60, junge, per Stück 0,45—1,10, Tauben, junge, per Stück 0,30—0,45, alte 0,30—0,35, Enten, junge, per Stück 1,20—3,25, alte, per Stück 0,90, Hamburger, junge, per Stück 2,80—3,00, Wänter, Ia per Pfund 0,55—0,62, Ia 0,48—0,54, Ia per Stück 2,75 bis 3,00, Ia 1,50—2,50, Bonquets per Stück 1,00—2,25, do. klein 0,50—0,90, Heide pr. 100 Pfd. 78—92, Zander 0,00, Schlei 105—122, Blei 0,00, Kalle, groß 88, mittel 85—95, klein 55—59, unsortiert 60—64, Wägen 0,75, Karpen 0,00, Barje 0,00, matt 0,00, Viehfleisch, matt 31, Karansehen 77, Weiss 0,00, Runde Hühner 73—78, Amerikanischer Weis I neuer per 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 50—75, Seelachs 15—20, Hühner, pomme I, per Schoß 9, do. pomme II 2—3, Kieker, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Riste 2—3, do. klein per Riste 0,00, Hühner, per Kall Riste 4—5, Straußener 5—6, Kalle, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schoß 4—5, Schellfische Riste 3—4, do. 1/2 Riste 2—3, Kollbau, per 100 Pfd. 10—13, Heilbutt 25, Sardellen 1902er per Kasser 90, 1904er 90, 1905er 85, 1906er 65, Schottische Heringe 1905 0,00, large 40—44, fall 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—41, Heringe, neue Rattjes, per 1/2 Io. 60—120, Summern, Ia, 100 Pfd. 0,00, Korbbe, per Schoß, große 0,90, mittel 9, kleine 0,00, unsortiert 5,50, Galziger, groß 0,00, Eier, Lands, per Schoß 2,60—3,30, Butter per 100 Pfd. Ia 122—124, IIa 118—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110, Saure Gurken Schoß 3,50—4,00, Pfefferkörner 3,50—4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Rollen 1,50—1,75, neue runde 1,50—2,50, neue Kiste 2,25—2,50, neue Reibler 0,00, Spinat p. 100 Pfd. 12—15, Karotten p. Schoßband 1,50—2,50, Sellerie, hiesige, p. Schoß 1,50—2,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3—3,50, Petersilie, grün, Schoßbd. 1,20, Kohlrabi p. Schoß 0,60—1,00, Rettig, bapr., p. Schoß 2,40 bis 4,80, Radishesen p. Schoß 0,60—0,70, Salat, p. Schoß 1,00—1,50, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 5—12, Backbohnen 8—20, Erbsen per 100 Pfd. 10—20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—14, Rostbraten per 100 Pfd. 3,50—5, Blumenkohl per Kasser 1,00—2,50, Möringkohl per Schoß 4,00—8,00, Kartoffel p. Schoß 3,00—9,00, Weichkäse p. Schoß 2,00 bis 5,00, Steinpilze p. 100 Pfd. 35—45, Gurken, Reibler, Schoß 0,00—0,00, da. Einlege, Schoß 1,00—2,00, do. Rothensig 1,50—2,50, da. Algenpiper 2,00—3,50, da. Einlege (Zehn) 10—16, Kohlraben, Schoß 3—5, Tomaten, hiesige 100 Pfd. 4—8, Kürnen, Ital. per 100 Pfd. 10—21, Melisse 3—20, Ahroter 14—30, Bohnensuppe 5—13, Rettig, 3—5, Pfeffer, ungar., per 100 Pfd. 6—13, Ital. 8—15, Hiesige 2,50—11, Gervosensteiner 10—18, Ahroter 35—38, Preiselbeeren 15—18, Schmehöhe 19—22, Stambereen per 100 Pfd. 6—12, Pflanzen, Ital. runde kühle per 100 Pfd. 0,00, Ital. lange gelbe 0,00, Ital. runde 0,00, ungarische 3—11, Hiesige 3—6, Reineisenden 6—18, Hühner, Reifia 300 Stück 18,00—22,00, 300 Stück 14,00—18,00, 200 Stück 13,00—18,00, 400 Stück, klein 12,00, Fische, Werberbe per 100 Pfd. 15—20, französische 0,00, italienische I Kiste 2,00—2,50, do. II Kiste 0,80—1,60, do. III Kiste 1,00—1,20, do. in Körben per 100 Pfd. 20—45.

**Witterungsbericht vom 31. August 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Stettin	768 B		1 moffent	17	17	Japaranda	761 B		2 moffent	5	
Danzig	768 B		1 moffent	16	16	Petersburg	758 B B		1 holl B	9	
Berlin	769 B H		moffent	16	16	Sibir	761 C B		1 hiesig	17	
Königsberg	769 B		1 moffent	14	14	Arden	763 B B B		2 moffent	11	
Wien	776 C H		moffent	13	13	Paris	767 C H		moffent	15	
	771 C H		moffent	13	13						

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. September 1906.** Trocken, vorwiegend heiter und noch etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**IV. Berliner Reichstagswahlkreis**  
**Nachruf!**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Rechtsanwalt  
**Hermann Schulze**  
Samariterstr. 17  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am Sonn-  
abend, den 25. August 1906,  
1906. Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Dienstag, den 28. August,  
nachmittag 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedrichsplatzes, Pappelfa-  
ß, aus. Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Franken- und**  
**Sterbekasse der Zimmerer.**  
(E. H. No. 2, Hamburg.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Zimmerer  
**Karl Krummnow**  
Antonstraße 2 wohnhaft, am  
20. August verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Son-  
ntag, den 2. September, nach-  
mittags 4½ Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Kasarische-  
Friedhofes, Reichsstraße-West,  
Berlin, aus. Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand, Bezirk VII.

Dienstag, den 28. August, ent-  
scheidend nach schwerem Leiden  
am 23. Lebensjahre meine liebe  
Frau 21392  
**Martha Reichow geb. Troyko.**  
Mit der Bitte um stille Teil-  
nahme zeigen dies tiefbetrübt an  
der hinterbliebene Gatte  
**Julius Reichow und Kind.**  
Berlin O., Seidenweg 20,  
30. August 1906.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 2. Sept., nachm.  
4½ Uhr, von der Leichenhalle des  
Friedhofes der Anhalterbahn-  
gemeinde, Weißensee, aus. Um  
zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand, Bezirk VII.

Hiermit sagen wir allen Kollegen  
und Kolleginnen des Deutschen Metall-  
arbeiterverbandes sowie allen Freunden  
für die rege Beteiligung bei der Be-  
erdigung des Freundes **Berta Nage**  
unseren besten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Dankagung.**  
Für die in so reichem Maße er-  
zielte Teilnahme und herrlichen  
Belegungen bei der Beerdigung  
unserer Tochter **Berta** sagen wir  
allen Freunden, Kollegen und Be-  
leitenden sowie auch den Sängern des  
Gesangvereins „Kreuzberger Har-  
monie“ unseren innigsten und auf-  
richtigsten Dank. 9346  
**M. Seyder und Frau.**

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige [2088L\*]  
**Herren-Garderobe**  
— Ersatz für Maß. —  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurterstraße 37, II.  
Eingang Straußberger Platz.\*

**VERKAUF** \* Auf Wunsch bequemste Teilzahlung.  
gegen Cassa.

**Eine Sehenswürdigkeit**  
1. Rang ist das **neu eröffnete**  
**Möbel-Haus**  
Spandauer Strasse 36-39 vis-à-vis dem Rathaus, nur  
1 Minute vom Marktplatz.  
100 komplette Einrichtungen von 300-20 000 Mark.  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.  
**M. Luckhardt Nchf.**

**M. L. N.**

Neu! 2 feste Preise an jedem Gegenstand, an jeder Einrichtung.  
1 Cassa- und 1 Teilzahlungs-Preis. 10% Unterschied.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige Herrenmoden  
Bestellungen nach Maß, tadellose  
Ausführung Leigener Werkstoff.  
Spezial-Geschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kreditbank.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 137/13  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

**Los nur 1 Mark.**  
Ziehung am 4. Oktober  
**Lotterie**  
Schneidemühlener  
Pferde-  
20877 Gewinne, W. Mark:  
**83 000**  
darunter 8 komplett bespannte 4-, 2-, 1-  
spännige Equipagen und 47 Reit- und  
Wagenpferde, W. Mark  
**59 000**  
3000 Silbergewinne und 35 Damen-  
und Herrenfahräder, W. Mark  
**24 000**  
Hauptgewinn W. Mark  
**10 000**  
Lose à 1 Mk. 11 nur 10 Mk.  
Porto und Liste 20 Pfg.  
empfehlen das Genossenschafts-

**H. C. Kröger**  
Berlin SW., Friedrichstr. 250.  
Zu haben in allen  
Lotteriegeschäften und vielen  
Zigarrenhandlungen.

**Einladung**  
zur  
**General-Versammlung**  
d. „Zigaretten-Produktiv-Genossen-  
schaft Dresden“, E. Gen. m. b. H.  
für Freitag, den 7. September,  
abends 8 Uhr, im Restaurant  
„Drei Gassen“, Dresden.  
Tages-Ordnung:  
Sollen die bisherigen Mitglieder  
des Aufsichtsrates sowie des Vorstandes  
auf die Dauer des Konstitutes be-  
halten werden. 206/12  
**Der Vorstand.**  
Georg Czabran, Ernst Krauscho,  
Gustav Kopriwa.

**Orts-Frankenkasse**  
der  
**Nadler und Siebmacher**  
zu Berlin.  
Die von der Generalversammlung  
am 25. April 1906 beschlossene Ab-  
änderung der §§ 19, 20 und 26 des  
Statuts ist durch Beschluß des Ver-  
sammlungsausschusses vom 19. Juli 1906  
genehmigt.  
Dieselbe tritt am Montag nach  
statutemäßiger Bekanntmachung in  
Kraft. 275/14  
Berlin, den 1. September 1906.  
**Der Vorstand.**  
Robert Schmidt, Vorsitzender.

**Berolina**  
Verein Mineralwasserfabriken,  
G. m. b. H.  
Berlin S. 59  
Haybach-Ufer No. 9.  
Spezialität:  
**Bero-Sekt**  
feinstes alkoholfreies  
Erfrischungs-Getränk.  
Gen.-Vertret.: 1938L\*  
Aachener Kaiserbrunnen.

**Sherts Fest-Säle**  
72 Kommandantenstr. 72  
Große u. kleine Säle für Vereine  
zu Hochzeiten und Versamm-  
lungen usw. — Sonnabende und  
Sonntage im Oktober u. November  
noch zu vergeben. 21292\*  
Sonntags: — Gr. Ball. —  
Die Beerdigung, die ich Herrn  
Seiwendberg zugesagt habe, nehme  
ich venenoll zurück. 274/7\*  
Ernst Wege, Vrenzlauer Allee 37.

**Arbeiter-Bekleidung**  
**Neues Spezial-Geschäft**  
**Kohnen & Jöring**  
Alexanderstr. 12  
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.  
**Berufskleidung**  
für alle Zweige der Industrie und  
Gewerbe.

**Einsegnungs-  
Anzüge** 2007L\*  
ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und  
tadellos sitzend.  
**Beste Verarbeitung.**  
**Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.**  
Die Preise sind je nach Größe.



Anzüge	in Satin-Kammgarn	von 12	M. an
Anzüge	in Rips-Kammgarn	von 15	M. an
Anzüge	in schmalgeripptem Kammgarn od. Kamm- garn-Cheviot	von 17	M. an
Anzüge	in Rips-Kammgarn oder Satin-Kamm- garn . . . . . von	20	M. an
Anzüge	in Corscrew-Kamm- garn . . . . . von	22	M. an
Anzüge	in sehr gut. Kamm- garn-Cheviot oder Ripskammgarn von	25	M. an
Anzüge	in feinstem Tuch- kammgarn oder hocheleg. Twill von	30	M. an
<b>Gesellschafts-Anzüge</b>	<b>für Herren.</b>		
Rock-Anzüge	von Twill, Cheviot, Rips-Satin od. Tuch- kammgarn	27, 33, 38, 43, 48 u. 53	M.
Gehrock-Anzüge	von Tuch, Rips- oder Satin- kammgarn	30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66	M.
Frack-Anzüge	von hochf. Tuch- oder Satin-Kamm- garn, äußerst sauber mit Seide abgefittert	54, 60, 66 u. 72	M.

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung  
und zu streng festen Preisen statt.

**Carl Stier**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin SO. | Berlin W.  
Oranienstr. 166. | Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Nauenerstr. 23.  
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

**Bekanntmachung.**  
Nach längerer Dauer des Rehn-  
kampfes im Glasergerber haben  
Vertreter der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer das hiesige Gewerbeamt  
als Einigungsamt angerufen, um vor  
diesem über die Forderungen der  
Arbeitnehmer zu verhandeln. Das  
Einigungsamt hat in seiner Sitzung  
vom 20. August 1906 den Parteien  
nach mehrmaligen Verhandlungen  
Einigungsvorschläge gemacht, die nach  
Beendigung der Sitzung von den  
Generalversammlungen der Partei-  
organisationen beraten und von den  
Unternehmern angenommen, von den  
Arbeitnehmern dagegen abgelehnt  
wurden.  
In der erneuten Sitzung des  
Einigungsamtes vom 23. August 1906,  
nachdem sich die Parteien über die  
Abänderungen der Vorschläge vom  
20. August geeinigt hatten, folgender  
Vertrag endgültig geschlossen worden:  
**Vertrag**  
zwischen dem Verband der Glasergerber  
und verwandter Gewerbe von Berlin  
und den Vororten und dem Zentral-  
verband der Glaser- und verwandter  
Berufsgenossen Deutschlands, Orts-  
verwaltung Berlin.  
1. Der Vertrag vom 23. August  
1904 ist mit folgenden Abänderungen  
und Zufügen maßgebend:  
a) Arbeitszeit.  
Für den Fall, daß der Verband  
der Baugehülfe mit den Verbänden  
der Maurer, Zimmerer und Bau-  
hülfsarbeiter oder auch nur mit  
einem der letztgenannten Verbände  
eine kürzere als die neunständige  
Arbeitszeit vereinbart, soll die ver-  
fügte Arbeitszeit sechs Wochen  
später auch für das Glasergerber  
bei Zahlung von 75 P. Stunden-  
lohn eingeführt werden.  
b) Lohn.  
Der Lohn für die Geltungsdauer  
des Vertrages beträgt 70 P. pro  
Stunde. Nicht selbständig Arbeitende  
erhalten pro Stunde 60 P. Bei  
Verlängerung der Arbeitszeit erhöht  
sich, wie bereits oben erwähnt,  
der Stundenlohn dementsprechend.  
Abgearbeitet darf innerhalb Groß-  
Berlins nicht gefordert und nicht ge-  
leistet werden. Bei der Feststellung  
der Grenzen von Groß-Berlin soll  
die Karte des Verbandes der Bau-  
gehülfe von Berlin und Vororten  
maßgebend sein.  
Nachregelungen dürfen von keiner  
Seite aus stattfinden.  
c) Montage-Fahrtgeld:  
Abjah 2 des alten Vertrages:  
„Als die Regel gilt“ bis „Verfahrt“  
ist zu löschen, dafür gilt von nun an  
folgende Bestimmung:  
Als Regel gilt, daß die Arbeit in  
der Werkstätte beginnt. Für die Ver-  
gütung von Fahrtgeld und Fahrzeit  
ist ohne Rücksicht auf die Wohnung  
des Arbeiters ausschließlich maß-  
gebend die jedesmalige Entfernung  
der Arbeitsstelle vom Geschäftsort.  
At die Arbeitsstelle mehr als drei  
Kilometer vom Geschäft entfernt, ist  
dem Arbeiter das Fahrtgeld für  
die tägliche einmalige Hin- und Rück-  
fahrt zwischen Geschäft und Arbeits-  
stelle mit dem vom Arbeitgeber zu  
bestimmenden Verkehrsmittel zu ver-  
güten.  
d) Arbeitsnachweis.  
Der Junimngsnachweis wird zu einem  
paritätischen Arbeitsnachweise umge-  
wandelt, derart, daß der in der Ge-  
werbegründung 5 bestehende paritätische  
Arbeitsnachweis in die Räume des  
Junimngsnachweises vorläufig verlegt  
wird. Es sollen auch in Zukunft  
für den neuen Arbeitsnachweis so-  
wohl das  
Statut betreffend den paritätischen  
Facharbeitsnachweis für das Glaser-  
gerber zu Groß-Berlin  
wie auch die  
Geschäftsordnung des paritätischen  
Facharbeitsnachweises für das Glaser-  
gerber zu Groß-Berlin  
maßgebend sein. Revisionelle Anwen-  
dungen bleiben der Schlichtungs-  
kommission vorbehalten.  
2. Der vorliegende Vertrag gilt von  
seht bis zum 1. August 1908. Eine  
Kündigung hat drei Monate vor dem  
1. August 1908 zu erfolgen, aberein-  
falls der Vertrag auf ein Jahr  
weiter läuft.  
3. Die vorgegebene Schlichtungs-  
kommission hat nach Kündigung des  
vorliegenden Vertrages den Parteien  
unverzüglich einen neuen Tarif-  
vertragsentwurf vorzulegen. Für den  
Fall, daß der neue Entwurf nicht die  
Billigung der Parteien findet, muß  
unverzüglich das Einigungsamt des  
Berliner Gewerbeamtes angerufen  
werden.  
4. Die Schlichtungskommission hat  
sich eine Geschäftsordnung zu geben,  
welche zur Kenntnis der Mitglieder  
der Organisationen als Nachtrag  
diesem Vertrage später beizufügen ist.  
5. Die Arbeit wird möglichst sofort  
aufgenommen werden.  
Berlin, den 20. 23. August 1906.  
gez. v. Schlichtungsamt  
gez. Deuer, Grüthe, Krosen, Krebs,  
Koller, Köstlich, J. Salomonis, Ernst,  
Schneider Jr., Gottfried Heinerdorf,  
Paul Jessel, Karl Jost, I. F. Gustav  
Schulz u. Nost. A. Steidinger,  
Gust. Sicker, F. Köppen, Paul Förster,  
H. Köstler, A. Böcker, E. Jahn,  
St. Jügel, B. Juchacz, Otto Dullien,  
C. Schumacher.

**Altes Schützenhaus**  
**Zinienstr. 5**  
empfiehlt seine Säle.  
Einsige Sonnabende sowie Lotte-  
sonntag und 1. Weihnachtstierstag  
find frei!

**Ringfreies**  
**Weißbier, Bayerischbier!**  
Bierkellerei  
Adalbertstr. 22.

9325

